

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)  
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

## Grosse Chance für die FDP



Gruppenbild an der a. o. Delegiertenversammlung der FDP am 11. Januar 1992 in Bern: Trotz lädierter Hand und trotz Wahlverlusten – die Freisinnigen bleiben Optimisten. (Photo ruti)

Politik ist Kampf um die besseren Argumente, die sich dann auch pointiert in einer breiten Öffentlichkeit durchsetzen müssen. Politik bedeutet stete Analyse und Auseinandersetzung. – Zum Auftakt der a. o. Delegiertenversammlung der FDP am 11. Januar 1992 in Bern legte FDP-Parteipräsident Franz Steinegger wichtige Wegmarken.

AMK «Wir wollen Offenheit in der Diskussion und möglichst geschlossene Aktion. Wir wollen keine abrupten, sondern gut vorbereitete Kurskorrekturen, um einerseits die Tradition nicht zu kappen und andererseits die Modernität zu erreichen. Liberale Politik bewegt sich in

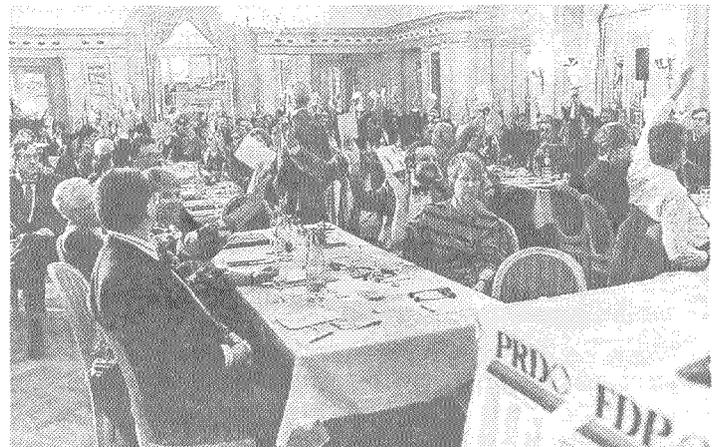
der Spannung zwischen konservativem Ordnungsdenken und progressiven Reformwünschen.»

So lautet das Fazit der Wahlanalyse von FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger. Trotz Wahlverlusten sieht Steinegger für die FDP in Zukunft eine grosse Chance. Die Schweiz brauche Erneuerung und neue Einordnung in neue europäische und weltpolitische Rahmenbedingungen. Freisinnige Politikerinnen und Politiker sind gefordert, seriöse Analysen zu erarbeiten. Liberale Rahmenbedingungen sind gefragt, nicht staatlicher Interventionismus.

Auch gegenüber der Opposition von rechts grenzte sich Steinegger ab: «Wir wollen unseren Kurs nach wie vor nach dem Licht liberaler Grundsätze richten und nicht nach den Lichtern vorbeifahrender Autos.»

Sie finden die Rede von Franz Steinegger im vorliegenden «Freisinn». □

## Klare Verhältnisse



AMK. Eine deutliche Abfuhr erteilten die Delegierten der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) an ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung am 11. Januar 1992 in Bern beiden Initiativen, über die am 16. Februar 1992 abgestimmt wird. Sowohl zur Krankenkasseninitiative als auch zur Tierversuchinitiative beschlossen sie die Nein-Parole. – Grosse Beachtung fand die Rede des FDP-Parteipräsidenten, Nationalrat Franz Steinegger, zum Auftakt der Versammlung. (Photo ruti)

Lesen Sie ab Seite 5.

SCHWEIZERISCHE LANDESBIBLIOTHEK



BIBLIOTHÈQUE NATIONALE SUISSE  
BIBLIOTECA NAZIONALE SVIZZERA

# FDPO

### Inhalt

- Marktwirtschaft im Gesundheitswesen: Professor Wittmann stellt seine Ideen vor ab Seite 10
- Drei interessante Leserseiten finden Sie ab Seite 13
- Frau, Familie und Politik: das Thema auf Seite 17

# Hoffen auf Frieden in Ex-Jugoslawien

**Nach über einem halben Jahr Krieg, 25 000 Toten und einer halben Million Vertriebenen besteht jetzt Hoffnung auf Frieden in Jugoslawien – vorausgesetzt, es gelingt, das serbische Problem zu lösen.**

◉ Jacques Baumgartner

Der Krieg in Jugoslawien ist – oder war? – eigentlich eine europäische Tragödie, und zwar in doppeltem Sinne. Als der Krieg im vergangenen Sommer ausbrach, bekam die Welt, bekamen vor allem die Amerikaner zu hören, dies sei die Stunde Europas. – Die Stunde Europas wurde zur Schande Europas.

Nach zweimonatigem Unterbruch (und fünfzehn «endgültigen» Waffenstillständen) nahm die Europäische Gemeinschaft (EG) am 9. Januar ihre Friedenskonferenz mit den Präsidenten der sechs jugoslawischen Republiken wieder auf. Die EG, wie sich der Konferenzvorsitzende, Lord Carrington, ausdrückte, sei glücklich, dass der «Zwischenfall» die Konferenz nicht gefährdet habe.

Der «Zwischenfall» steht für den Abschuss eines Helikopters mit fünf Beobachtern der Gemeinschaft an Bord am

## Splitter

### Die Krawatte,

der Schlips, ist keine französische «Erfindung» (la cravate), sondern eine kroatische. Der «Hrvat» war eine Halsbinde der kroatischen Reiter, woraus in mundartlichem Deutsch «Krawat» wurde.

### Selbstbestimmung

bezeichnet die Uno-Charta als ein Menschenrecht. Doch die Charta definiert weder den Begriff «Volk», noch bestimmt sie, ob «Selbstbestimmung» das Recht auf Abfall von einem existierenden souveränen Staat impliziert.

Seit ihrer Gründung 1945 haben die Vereinten Nationen noch nie eine Sezessionsbewegung unterstützt.

7. Januar durch ein Kampfflugzeug der «jugoslawischen Bundesluftwaffe». Die fünf EG-Leute kamen dabei ums Leben.

Der Abschuss dürfte der Versuch radikaler Militärkreise gewesen sein, den Friedensprozess und den möglichen Einsatz von «Blauhelmen» der Vereinten Nationen (Uno) zu torpedieren.

Der Abschuss ist aber auch tragischer Ausdruck der bisherigen Politik der westeuropäischen Regierungen insgesamt im Krieg zwischen Serben und Kroaten.

Jetzt bekunden die Politiker um den serbischen Präsidenten, Slobodan Milosewitsch, Gesprächsbereitschaft und «Gefallen am Frieden, sofern den in Kroatien lebenden Serben ausreichend Schutz gewährt wird». Milosewitsch & Co. dürfte wahrscheinlich dämmern,

- dass ihr aggressiver Nationalismus letztlich von den neo-kommunistischen Befehlshabern der serbisch dominierten «Bundesarmee» für ihre Ziele, nämlich zum Überleben, ausgenutzt wurde,

- dass sich die politische und wirtschaftliche Katastrophe vor dem eigenen, serbischen Volk nicht mehr verbergen lässt (gemäss Umfragen ist die Hälfte der serbischen Bevölkerung gegen den Krieg),

- dass die Serben als Nation in den Augen der Europäer, der «Weltöffentlichkeit» überhaupt, auf Jahre hinaus als Aggressoren abgestempelt sind und Serbien von lauter Feinden umgeben ist, die es sich selber geschaffen hat.

In ihrem Mühen um Frieden haben die westeuropäischen Regierungen sich nicht um die Militärs bemüht, die nur die Sprache der Gewalt verstehen. Die Gefahr besteht nach wie vor, dass EG- und Uno-Missionen sich als sinnlos erweisen, solange der Armee nicht Einhalt geboten wird. Es ist frag-



lich, ob Politiker in Belgrad dazu in der Lage sind.

Im Grunde hätte die EG gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen von Anbeginn an mit dem Einsatz militärischer Mittel drohen sollen. Statt Lazarettschiffe hätten Kriegsschiffe an der Adriaküste Jugoslawiens aufkreuzen sollen. Nur diese Sprache verstehen die Militärs um Milosewitsch.

Der Zerfall des jugoslawischen Vielvölkerstaates – eine Kreation der Sieger des Ersten Weltkrieges – begann im Mai 1986, ohne dass Westeuropa davon Notiz genommen hätte. Der Nationalist und «Hardliner» Milosewitsch wurde zum serbischen KP-Chef gekürt. Mit serbisch-nationalen Argumenten zog er gegen die Albaner in Kosovo zu Felde. Um die Selbständigkeit der autonomen Gebiete (Kosovo und Wojwodina) zu untergraben, liess Milosewitsch sogenannte spontane Massendemonstrationen organisieren. Ziel war, Serbien solle wieder eins werden mit seinen autonomen Provinzen. Die Provinzregierungen wurden gestürzt.

Im Januar 1990 zerbrach der Bund der Jugoslawischen Kommunisten (BdJK). Aus Angst vor dem von Milosewitsch geschürten serbischen Nationalismus entschieden sich Kroatien und Slowenien, eigene Wege zu gehen.

Kroaten und Slowenen sprachen sich in freien Wahlen und

Abstimmungen für staatliche Souveränität im Rahmen einer Konföderation statt der bisherigen Föderation aus. Es ging also nur darum, den Bundesstaat Jugoslawien, welcher immer stärker unter serbische Kontrolle geriet, in einen Bund gleichberechtigter Staaten umzuformen.

Westeuropa, die EG, die USA sahen darin einen verwerflichen Weg abtrünniger Republiken. Man wollte nicht, dass sich das jugoslawische Beispiel möglicherweise in der Sowjetunion wiederhole; man hielt zu «Gorbi» und glaubte an «Gorbi» und übersah, dass von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer bereits auseinanderbrach, was nicht zusammengehört.

Wahrscheinlich wird sich letztlich die «jugoslawische Bundesarmee» auflösen. Die Anerkennung einzelner Republiken durch die EG dürfte den Auflösungsprozess beschleunigen. Kroatien wird über kurz verlorenes Gebiet zurückfordern beziehungsweise zurückerobern.

In Serbien bricht die Wirtschaft zusammen, das heisst, sie ist schon am Zusammenbrechen. Die Folgen werden Massenarbeitslosigkeit, lokale Anarchie und ein Exodus in Richtung Westeuropa sein. Serbien wird die Kontrolle über Kosovo an die albanische Bevölkerungsmehrheit abtreten müssen. Milosewitsch und seine Sozialisten (Kommunisten) werden weggewählt. □

# Peter Kofmel-Schönmann: Liebt vieles an der Schweiz, besonders aber den Jura

**Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?**

Sie gründet im Glauben an den guten Kern in jedem Menschen.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

Zunehmender Egoismus der Individuen und die damit zusammenhängende Verrohung unserer Gesellschaft.

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Musik als völkerverbindendes Element – Kommunismus (weil es einfachere Wege zur Marktwirtschaft gibt).

**Was lieben Sie an der Schweiz?**

Vieles, insbesondere den (Solothurner) Jura.

**Was missfällt Ihnen in unserem Land?**

Zunehmender Mangel an Willen, sich für eine Gemeinschaft zu engagieren.

## Kurzbiographie

**Peter Kofmel-Schönmann**

**Zur Person:** Geboren am 16. September 1956, verheiratet mit Annette, zwei Töchter (Iris 1984, Steffie 1987); lic. iur., Fürsprech und Notar, betriebswirtschaftliche Zusatzstudien berufsbegleitend; Bataillonskommandant; Mitglied SAC Weissenstein; Hobbies: Musik (Chorsingen, Orgelmusik), Bergsteigen.

**Alter:** 36.

**Berufliche Stationen:** Instruktionsoffizier, jur. Sekretär Kanton Solothurn, Personalberater Sopac Zürich, Unter-



Weil er die Musik als völkerverbindendes Element einschätzt, würde Peter Kofmel-Schönmann einen Nobelpreis für Politiker an W. A. Mozart verleihen.

**Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?**

Ich gehe noch weiter: Fortschritt geht vom Einzelnen aus.

nehmensberater bei Visura Treuhandgesellschaft Solothurn seit 1975; seit 1990 Mitglied der Regionaldirektion Mittelland.

**Politischer Werdegang:** 1981 Gemeinderat Deitingen, 1983 Gemeindevizepräsident, 1985 Kantonsrat; Mitglied der (ständigen) Bildungskommission; Präsident FDP Bezirkspartei Wasseramt, Mitglied Geschäftsleitung Kantonalpartei, Präsident der kantonalen FDP-Arbeitsgruppe Erziehung und Kultur.

**Liebste Tätigkeit:** Skitouren in den Schweizer Alpen mit Freunden, die mit mir zusammen schweigen. □

**Warum sind Sie bei der FDP?**

Aus Familientradition wurde ich im Dorf zur FDP gezählt. Weil ich in der FDP am meisten gefunden habe, die ähnlich denken wie ich, bin ich aus Überzeugung dabeigeblichen.

**Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?**

W. A. Mozart (siehe und vergleiche oben).

**Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?**

Wenn er mit seiner Überzeugung auch mal gegen den Strom schwimmt.

**Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?**

Ein überzeugendes Konzept: Dualität hält fit, in jeder Hinsicht!

**Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?**

No comment, um politischen Gegnern keine Dienste zu leisten.

**Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?**

Ich repetiere Karl Jaspers «Einführung in die Philosophie».

**Was tun Sie, um sich fit zu halten?**

Den Solothurner Jura mit Turnschuhen durchlaufen.

**Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?**

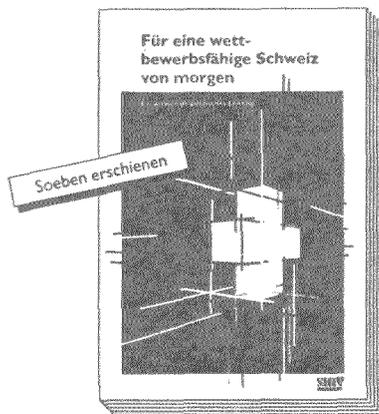
Auf der Kirchenorgel improvisieren.

**Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?**

Stephan Schmidheiny: ein unabhängiger Unternehmmergeist mit Visionen. □

# «Für eine wettbewerbsfähige Schweiz von morgen»

Der Wirtschaftsstandort Schweiz hat in den letzten Jahren an Anziehungskraft verloren. Damit die Schweizer Unternehmen auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig bleiben, muss unser Land zu einem marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen zurückfinden. Für eine umfassende Liberalisierung unserer wirtschaftspolitischen Strukturen braucht es ein marktwirtschaftliches Grundkonzept, das entschlossen und gezielt umgesetzt werden muss. Das wirtschaftspolitische Leitbild «Für eine wettbewerbsfähige Schweiz von morgen» des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (Vorort)\* zeigt auf, wo und wie in zwölf wichtigen Bereichen politischen Handelns vorhandene Schwachstellen korrigiert und beseitigt werden sollen.



In der Europadiskussion geht es darum, durch eine aktive Politik den Zugang zu den europäischen Absatzmärkten sicherzustellen. Gleichzeitig müssen wir aber unser eigenes Haus in Ordnung bringen und den Binnenmarkt Schweiz durch eigene Massnahmen liberalisieren. Aus zeitlichen und materiellen Gründen kommt den internen Reformen zur Verbesserung der schwindenden Standortvorteile und für die Erhaltung der Wettbewerbskraft der Wirtschaft in der Schweiz prioritäre Bedeutung zu.

## Wettbewerbsfähigkeit

Oberstes Ziel unserer wirtschaftspolitischen Anstrengungen ist die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Zwischen den Leistungen der Wirtschaft und günstigen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen besteht ein enger Zusammenhang. Staatliche Wirtschaftspolitik muss in erster Linie ein günstiges Investitionsklima schaffen und den Strukturwandel bewältigen. Sie hat zu diesem Zweck eine Rahmenordnung

bereitzustellen, in welcher das einzelwirtschaftliche und hoheitliche Handeln so aufeinander abgestimmt werden, dass erstens die eigenverantwortliche Entwicklung von Unternehmen und Haushalten gefördert, zweitens der Einsatz der Produktionsfaktoren nicht künstlich verzerrt und drittens der Wettbewerb über offene Märkte gefördert wird. Soll die Wirtschaftspolitik zu einer stetigen und tragfähigen mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung beitragen, obliegen ihr folgende Hauptaufgaben:

- Der Staat muss die Staatsausgaben wieder in den Griff bekommen und unter Kontrolle halten; zu diesem Zweck muss die Staats- und Steuerquote stabilisiert und längerfristig gesenkt werden. Nur so kann der Handlungsspielraum für persönliche Initiative und unternehmerische Aktivitäten zurückgewonnen und verbessert werden;
- die schweizerische Notenbank hat eine stabile Geldpolitik zu betreiben, welche Abweichungen von der Geldwertstabilität in sehr engen Grenzen hält;
- es gilt, den Wettbewerb sowohl auf dem «Binnenmarkt Schweiz» als auch vis-à-vis Europa und der Welt zu fördern und zu stärken;
- die Umweltpolitik ist langfristig zu planen; sie soll marktwirtschaftlich konzipiert und effizient betrieben werden;
- die Infrastrukturpolitik (Verkehr, Bildung, Forschung, Telekommunikation) muss die Leistungskraft privater Investitionen in Human- und Sachkapital besser einbeziehen und nutzen;

- die sichere und preisgünstige Versorgung unseres Landes mit Energie ist das Ziel unserer umweltbewussten Energiepolitik;
- die sozialen Sicherungssysteme (AHV, BVG, Krankenversicherung usw.) haben der finanziellen Leistungsfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft Rechnung zu tragen. Die persönliche Selbstverantwortung darf durch mangelhaft abgestimmte sozialpolitische Einzelmassnahmen nicht weiter ausgehöhlt werden.

Wenn wir unsere wirtschaftspolitischen Hausaufgaben nicht dezidiert anpacken und lösen, läuft die Schweiz Gefahr, ihre internationale Wettbewerbskraft zu verlieren.

Gerade unter den heutigen Bedingungen des internationalen Standortwettbewerbs hängt es mehr denn je davon ab, ob der Wirtschaft im Interesse aller, die von ihren Erfolgen profitieren, günstige Rahmenbedingungen gewährt werden.

## Zwölfmal Klartext

Die heutigen konzeptionslosen Eingriffe an zahllosen Stellen der Wirtschaft – Preise, Mieten, Zinsen, Arbeitszeiten, Ladenöffnungszeiten usw. – haben zu einem unübersichtlichen Wildwuchs von staatlichen Vorschriften und Auflagen geführt. Ein Staat, der den Tüchtigen immer mehr einschränkt und besteuert, gerät gegenüber Ländern, welche diese Tugenden belohnen, rasch ins Hintertreffen. Die Schweiz ist auf dem besten Weg dazu!

Das wirtschaftspolitische Leitbild zeigt auf, wo die gegenwärtigen Schwachstellen liegen. Bezogen auf die zentralen Bereiche der Wirtschaftspolitik weist das Leitbild in pragmatischem Sinne den Weg in die Zukunft und spricht zwölfmal Klartext zu den Themen Aussenwirtschaft, Geld und Währung, Finanzen und Steuern, Umwelt, Bildung und Forschung, Energie, Kommunikationsinfrastruktur, Landwirtschaft, Raumplanung, Verkehr, Sozialpolitik und Arbeitsmarkt.

\* «Für eine wettbewerbsfähige Schweiz von morgen», 130 Seiten, zahlreiche Abbildungen und Grafiken. Das Leitbild kann beim Schweizerischen Handels- und Industrie-Verein (SHIV), Mainaustrasse 49, Postfach 690, 8034 Zürich, Telefax (01) 382 23 32, zum Preis von Fr. 23.– bezogen werden.

## Wohin für Veranstaltungen?

Die erste Ausgabe des Midena-Seminar- und Tagungshotelführers\* hat die Arbeit in den Sekretariaten vieler Veranstalter wesentlich vereinfacht. Die nach klar definierten Kriterien ausgewählten und geprüften Häuser sind farbig abgebildet und ausführlich beschrieben. Die Präsentationen erlauben eine schnelle Information und ermöglichen dank einheitlichem Aufbau mit verbindlichen Preisen auch wertvolle Quervergleiche.

Die zweite, vollständig überarbeitete Ausgabe 1992 trägt vielen Änderungswünschen der Benutzer Rechnung. Es werden zusätzlich 60 Hotels in Städten und Gemeinden von Wirtschaftsregionen vorgestellt, die sich der zentralen Lage wegen für Tagesanlässe besonders gut eignen. Ebenfalls neu geschaffen wurde eine Checkliste, die beliebig oft kopiert werden kann und für Anfragen oder Buchungen bestens geeignet ist.

Der Verlag weist ausdrücklich darauf hin, dass die Präsentation des Hotels nicht erkauft werden könne. Die Herausgeber prüfen die Hotels persönlich auf ihre Eignung. □

\* Guide Midena – Schweizer Hotels für Seminare, Tagungen und gesellschaftliche Anlässe, Ausgabe 1992. Herausgegeben von Michael Klein und Brigitte Bütikofer. 168 Seiten, 200 Farbbilder, Checkliste für die Anfrage oder Buchung. Fr. 18.–. Erhältlich in grösseren Buchhandlungen oder beim Midena-Verlag, Postfach 149, 5024 Küttigen bei Aarau.



FDP-Parteipräsident Franz Steinegger: «Die FDP hat für die Zukunft trotz einem etwas bescheidenen Ergebnis am 20. Oktober 1991 eine grosse Chance. Die Schweiz braucht nämlich nicht Abschaffung, sondern Erneuerung in neue europäische und weltpolitische Rahmenbedingungen.»  
(Photos ruti)

Zum Jahresauftakt, zum Auftakt der neuen Legislatur, aber auch der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 11. Januar 1992 in Bern, die zwei Abstimmungsvorlagen zu behandeln hatte, hielt FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger eine vielbeachtete Rede. Er analysierte darin die eidgenössischen Wahlen 1991, die politische Landschaft der Schweiz überhaupt, zeigte die Probleme der FDP auf und wies gleichzeitig auf die Chancen der Partei. – Der «Freisinn» veröffentlicht eine leicht gekürzte Fassung dieser Rede.

## «Wieder stärker an unsere Grundsätze glauben»

### Parteipräsident Franz Steinegger

Wir haben die Wahlen nicht gewonnen. Wir konnten auch den Status quo nicht halten. Wir haben aber auch nicht die Niederlage zelebriert. Nur die Gewinne in der kleinen Kammer können über die Verluste an Wählergunst im Nationalrat etwas hinwegtrösten. Wir haben in den Parteigremien das Wahlergebnis eingehend analysiert, wir werden dies noch vertiefen, wenn die Unterlagen der Vox-Analysen zur Verfügung stehen. Lassen Sie mich auf zwei Probleme hinweisen. Ein Bereich steht gewissermassen ausserhalb unseres direkten Einflussbereichs. Beim zweiten Bereich sind wir direkt angesprochen.

### Verluste der Bundesratsparteien

Seit einiger Zeit verlieren die Bundesratsparteien Wähleranteile. Zuerst war es besonders die SP. Die SVP hatte vor fünf

Jahren noch Angst, eine politische Kleingruppierung zu werden. 1991 erlitten nun die CVP und etwas reduziert die FDP Einbussen. Wir können heute sagen, dass etwa 37 Prozent der Wähler Bundesratsparteien wählen. 25 Prozent entscheiden sich für oppositionelle Gruppierungen bzw. für Parteien ohne Bundesratsbeteiligung. 38 Prozent der Bürger sind mit keiner Partei verbunden. Diese letzte Gruppe wächst am stärksten.

Gegenwärtig haben wir zwei besondere Rahmenbedingungen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.

Auf der einen Seite finden wir keine Mehrheit für eine Änderung der sogenannten Zauberformel. Auf der andern Seite fördert das publizistische Umfeld eher ein reines System von Regierung und Opposition, in welchem Volksrechte, föderalistische Prinzipien und regionale Ausgleichsansprüche reduziert wären.



Auf FDP-Parteipräsident Franz Steineggers umfassende Analyse reagieren die Delegierten mit Applaus und Nachdenklichkeit.

Konkordanz ist zuwenig dramatisch und damit auch wenig telegen. Der Erfolg wird weniger hoch bewertet als der Misserfolg. Politik wird dialektisch mit Extremen dargestellt. Der Ausgleich wird dadurch diskreditiert. Der Unterhaltungswert der Politik und die Personalisierung gewinnen an Bedeutung.

### Strategie

Für eine Bundesratspartei, welche mit diesem generellen Attraktivitätsverlust der Bundesratspartei konfrontiert ist, stellt sich die Frage, welche Strategie angesichts dieser Situation eingeschlagen werden soll.

Fortsetzung auf Seite 6



rinnen und Bürgern nicht mehr akzeptiert, weil damit der gesunde Menschenverstand, die praktische Vernunft verletzt wird.

In der Wohnungsfrage haben wir bereits 1989 auf die schwierige Situation und auf den kontraproduktiven Mieterschutz hingewiesen. Am Parteitag in Solothurn haben wir unsere Positionen bestätigt und untermauert. Weil wir damit einen Punkt getroffen haben, mit dem leicht demonstriert werden kann, dass es unsoziale Sozialgesetze oder Schutzbestimmungen gibt, hat dies wütende Gegenreaktionen ausgelöst. Viele von uns sind deshalb verunsichert worden und haben einen offenen Schlagabtausch vermieden.

Nach den Wahlen haben aber das Bundesamt für Konjunkturfragen und Untersuchungen der Hochschule St. Gallen unsere Positionen bestätigt. Dabei wäre der kon-

traproduktive Mieterschutz ein günstiges Objekt gewesen, um im Zeitraum des real versagenden Sozialismus zu demonstrieren, wieviel verkappter Sozialismus auch in unsere Gesetzgebung Eingang gefunden hat.

Noch bevor die Hauser-Studie «Binnenmarkt Schweiz», das wirtschaftspolitische Leitbild des Vorortes, die ordnungspolitische Analyse Hauser/Schwarz/Fallender und das ordnungspolitische Programm Leutwyler/Schmidheiny publiziert worden sind, haben wir am 26. Januar 1991 in Basel die Grundsätze der FDP zur Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre verabschiedet. Auch hier hat uns etwas der Mut gefehlt, diese Grundsätze engagiert nach aussen zu tragen.

Wir müssen deshalb in Zukunft wieder verstärkt an unsere eigenen Grundsätze glauben und damit Druck in der Öffentlichkeit erzeugen.



Konzentriertes Zuhören.

(Photo ruti)

## Grosse Chance

Die FDP hat für die Zukunft trotz einem etwas bescheidenen Ergebnis am 20. Oktober 1991 eine grosse Chance. Die Schweiz braucht nämlich nicht Abschaffung, sondern Erneuerung und eine neue Einordnung in neue europäische und weltpolitische Rahmenbedingungen. Für die Erneuerung sind nicht die Thesen des real versagenden Sozialismus gefragt, gefragt ist auch nicht die Reaktion.

Gefordert ist eine seriöse Analyse, gefordert sind liberale Rahmenbedingungen für den tätigen und vernünftigen Bürger und keine sozialistischen Befehlsammlungen.

## Geschlossenheit

Voraussetzung, dass wir diese wichtige politische Rolle spielen können, ist aber eine gewisse Geschlossenheit. In einer Volkspartei kann aber Geschlossenheit nicht befohlen werden, man kann nicht Denkverbote aufstellen, um Gemeinsamkeit zu erhalten. Eine grosse Partei muss die Probleme rechtzeitig erkennen und dann breit diskutieren, um so zur Geschlossenheit mittels der besseren Argumente zu gelangen.

Wir wollen Offenheit in der Diskussion und möglichst geschlossene Aktion. Wir wollen keine abrupte, sondern gut vorbereitete Kurskorrekturen, um einerseits die Tradition nicht zu kap-

pen und andererseits die Modernität zu erreichen. Liberale Politik bewegt sich in der Spannung zwischen konservativem Ordnungsdanken und progressiven Reformwünschen. □

## Finanzpolitik

«Ende 1994 läuft die Kompetenz zur Erhebung der direkten Bundessteuer und der Warenumsatzsteuer ab. Gleichzeitig erleben wir eine fatale Entwicklung Richtung Defizitwirtschaft in Bund, Kantonen und Gemeinden. Beim Bund werden wir für 1991 einen negativen Abschluss in der Grössenordnung von zwei Milliarden Franken haben. Gemäss Finanzplanung laufen wir für 1992 bis 1995 in Defizite von 2 bis 5 Milliarden Franken jährlich hinein.

Die FDP möchte die bisherigen Einnahmen sicherstellen und dies mit einer Modernisierung der Einnahmenstruktur verbinden. Dies bedeutet, dass wir unsere Finanzen auf der Ausgaben-seite ebenfalls in Ordnung bringen müssen. Wir wollen keine weitere Auswucherung der Staatsquote oder der Abgabenquote. Die Ausgaben der öffentlichen Hand dürfen nicht stärker wachsen als das Sozialprodukt.

Abgesehen von den politischen und ökonomischen Notwendigkeiten sind wir auch überzeugt, dass der Langmut der Steuerzahler an

eine Grenze gestossen ist und eine namhafte zusätzliche Steuerfinanzierung unserer Haushalte nicht mehr möglich ist.

Ebensowenig kann eine Kreditfinanzierung oder Schuldenwirtschaft in Frage kommen. Nicht in Frage kommt natürlich auch die Inkaufnahme von Inflation, um Staatsausgaben zu finanzieren. Inflation schwächt vor allem die Schwächsten der Gesellschaft, weil sie sich gegen die Inflation nicht wehren können.

Wir sind heute vor die anspruchsvolle Aufgabe gestellt, die staatlichen Aufgaben und Ausgaben an die finanziellen Möglichkeiten anzupassen. Es geht also nicht nur um Zurückhaltung bei der Übernahme neuer Aufgaben. Auch bestehende Ausgaben dürfen nicht sakrosankt sein, sondern müssen auf ihre Berechtigung überprüft werden. Bei dieser schwierigen Aufgabe dürfen auch gewisse gesamtgesellschaftliche oder sozialstaatliche Ziele nicht ausgeklammert werden.»

## Europafrage

«In der Europapolitik ist nicht Schwärmerei für Europa oder imaginärer Mitgestaltungswille vonnöten, noch weniger der Traum, kleines Mitglied einer grossen Macht zu werden, welche den USA und Japan die Stime bieten kann. Notwendig ist eine pragmatische Interessenvertretung im Rahmen eines neuen europäischen Koordinatensystems ohne Aufgabe unserer Identität.

In der direkten Demokratie der Schweiz ist Europapolitik immer auch eine innenpolitische Veranstaltung. Das Volk muss schliesslich entscheiden. Je nach Situation hat die ausserpolitische Komponente oder die innenpolitische den Vorrang. Gegenwärtig dürfte die innenpolitische Komponente den Vorrang haben.

Wir müssen uns endlich auf die erste und wegweisende innenpolitische Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem EWR-Vertrag konzentrieren. Ausserpolitische Spreizschritte ohne Sicht auf das andere Ufer führen nur zum Absturz.»

# Im Interesse der Gesundheit von Mensch und Tier

An der a. o. Delegiertenversammlung der FDP vom 11. Januar 1992 in Bern stellte Bundesrat Kaspar Villiger die Haltung des Bundesrates zur Tierversuchsinitiative dar. Wie das Parlament lehnt auch der Bundesrat die Initiative klar ab. Villiger wies in seiner Rede, die wir hier auszugsweise veröffentlichen, ausserdem auf eine Bedeutung der Abstimmung hin, die über die Vorlage hinausgeht.

**Bundesrat Kaspar Villiger**

Die engagierten Tierschutzdebatten der vergangenen Jahre haben das allgemeine Bewusstsein verstärkt, dass die Tiere einen besseren Schutz verdienen. Aus diesem Grund haben Bundesrat und Parlament die Tierschutzgesetzgebung laufend verbessert, vor allem auch mit der letzten Gesetzesrevision, die seit Dezember des letzten Jahres in Kraft ist. Die Schweiz verfügt heute auf dem Gebiet des Tierschutzes über eine der strengsten Gesetzgebungen überhaupt.

## Übergeordnete Ziele

Trotz den Anliegen des Tierschutzes kann heutzutage auf Tierversuche in der Forschung nicht verzichtet werden. Forschungsarbeiten mit Tieren bleiben notwendig, im Interesse der Gesundheit von Mensch und Tier. Ohne Tierversuche hätten massgebliche Erfolge der modernen Medizin nie verwirklicht werden kön-

nen. Tierversuche ermöglichen die Herstellung und Prüfung von Arzneimitteln, die Erforschung von Krankheiten und die Entwicklung neuer Heilmethoden. Sie dienen also keineswegs einem Selbstzweck der Forschung, sondern übergeordneten Zielen der Gemeinschaft.

Obwohl die Initiative Ausnahmen vom Tierversuchverbot vorsieht, trägt sie den Realitäten nicht genügend Rechnung. Sie schränkt vor allem die Grundlagenforschung sehr stark ein. Diese stellt aber die Voraussetzung für die Entwicklung neuer Medikamente und Therapieformen dar. Die Behinderung von Forschungsvorhaben hätte unverantwortbare Auswirkungen auf die Hochschulforschung und die chemisch-pharmazeutische Industrie. Die Schweiz würde wirtschaftlich wichtiges Know-how verlieren und damit ihre ohnehin schon angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit weiter vermindern. Es wäre mit der Abwanderung von Forschungsinstituten und Produktionsstätten ins Ausland zu

## Vertrauen

«Auf die Dauer kann eine Gesellschaft nur funktionieren, wenn sie auf Vertrauen basiert. Dies um so mehr, als die zu lösenden Probleme heutzutage einen Komplexitätsgrad erreicht haben, der auf allen Ebenen, beim Staat, bei den politischen Verantwortungsträgern, bei den Parteien und in der Wirtschaft, ein hohes Sachwissen voraussetzt.

Dieser Sachverstand beruht auf den Erkenntnissen von Experten und auf dem Vertrauen darauf, dass diese Experten richtig urteilen. Ver-

trauen ist also die Voraussetzung dafür, dass die Probleme überhaupt gelöst werden können.

Wenn dieses Vertrauen unterminiert wird, wird die Lösung der anstehenden Aufgaben unmöglich. Ich bin überzeugt, dass ein grosser Teil der Entscheidungsschwäche, die heute den Politikern vorgeworfen wird, darauf zurückzuführen ist, dass fast alles politische Handeln – ausser das Verteilen von Subventionen – durch übertriebenes Misstrauen gelähmt wird.»

## Führung

«Das Volk will mehr Klarheit in der Politik. Es will Führung. Das haben die letzten Wahlen deutlich gezeigt. Die politische Führung ist bereit, auf der Basis des Vertrauens ihren Handlungsspielraum zu nutzen. Sie ist entschlossen, zu führen und auch Risiken einzugehen, soweit die Verantwortung für das Land das zulässt. Jetzt braucht sie dafür den Freiraum des liberalen Denkens und nicht das Korsett der Misstrauenskultur.»

rechnen: Der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung wäre die Folge.

## Misstrauen

Aus der Initiative spricht ferner ein grosses Misstrauen gegenüber dem Verantwortungsbewusstsein der Wissenschaft: der Staat soll letztlich die Notwendigkeit einer Forschungsarbeit beurteilen. Dies ist eine neue Form von Interventionismus, der schon darum überflüssig ist, weil die Schweizer Forscher schon lange unter Beweis gestellt haben, dass sie ethische Gesichtspunkte hochhalten: Das zeigen ihre bereits 1983 freiwillig verabschiedeten Richtlinien für wissenschaftliche Tierversuche.

Diese letzten beiden Punkte – die Infragestellung wissenschaftlicher Forschung ohne Rücksicht auf Verluste und die grundsätzliche Misstrauenshaltung – haben eine Bedeutung, die über die Tierversuchsinitiative hinausgeht. Sie sind Symptome einer politischen Grundeinstellung, die in verschiedensten Zusammenhän-

gen festzustellen ist und die unserem Land langsam, aber beharrlich Schaden zufügt.

Sie sind Ausdruck einer eindimensionalen Geisteshaltung, die fundamentalistische Züge trägt.

## Nein zur Initiative

Im Sinne dieser Überlegungen empfehle ich Ihnen, eine Initiative, die fundamentalistische Ziele verfolgt und auf mangelndem Vertrauen in andere basiert, abzulehnen. □

## FDP-Standpunkt

### Harmonisierung der Asylpraxis

Die Bonner Parteienvereinbarung, welche die erstinstanzlichen Asylentscheide innert sechs Wochen und die zweitinstanzlichen innert zwei Wochen anstrebt, manifestiert nach Auffassung der FDP die Dringlichkeit einer europäischen Harmonisierung der Asylpraxis. Die Schweiz muss sich an die neuen kurzen Erledigungsfristen Deutschlands anpassen, soweit sie sich dort realisieren lassen. Sonst wird der Einwanderungsstrom von Deutschland auf die Schweiz abgelenkt.

Was die Gemeinschaftszentren betrifft, übernimmt Deutschland eine in der Schweiz auf Grund alter Forderungen der FDP bereits mitten im Aufbau begriffene Lösung. In der Grundtendenz vollzieht Deutschland heute eine Anpassung seiner Asylpraxis an die von der Schweiz über mehrere Asylgesetzrevisionen eingeführten Massnahmen. Das zeigt, dass unser Land damit auf dem richtigen Weg ist. □

Garten- und Landschaftsarchitekten  
Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition 1892 – 1992

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

**Spross Ga-La-Bau AG Zürich**  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

# Ursachen bekämpfen

**Sowohl Bundesrat wie auch Parlament lehnten die Krankenkasseninitiative ab. An der a. o. Delegiertenversammlung der FDP am 11. Januar 1992 in Bern erläuterte Kaspar Villiger die Gründe.**

**Bundesrat  
Kaspar Villiger**

Die Entwicklungen im schweizerischen Gesundheitswesen sind seit Jahrzehnten ein Grund zur Besorgnis. Das hat nichts mit den Leistungen zu tun. Wir verfügen in der Schweiz über eine vorzügliche Krankenversorgung. Diese hervorragenden Verhältnisse haben nur einen Nachteil: Sie verursachen enorme Kosten. Das ist die Kehrseite hoher Qualität und hoher Leistungsdichte.

Gesundheit, Pflege und Heilung sind elementare menschliche Bedürfnisse. Jedermann hat ein Anrecht darauf, dass diese Bedürfnisse angemessen befriedigt werden. Ihre maximale Befriedigung wird aber mehr und mehr unbezahlbar. Parallel zur Kostenexplosion sind die Prämien der Krankenversicherungen in den letzten zehn Jahren gut doppelt so schnell gestiegen wie die Löhne. Für viele Haushalte, besonders für die älteren Menschen und für grössere Familien, droht die Belastung untragbar zu werden.

## System reformieren

Nach Ansicht des Bundesrates sind die Kostenprobleme im Gesundheitswesen nur lösbar, wenn die Ursachen bekämpft werden. Es sind Massnahmen nötig, mit denen dauerhafte und konkrete Resultate erzielt werden. Der Bund ist auch bereit, dafür bedeutend mehr Mittel einzusetzen. Dieser Mitteleinsatz muss aber gezielt, nicht nach dem Giesskannenprinzip erfolgen.

Die Krankenkasseninitiative entspricht diesen Anforderungen nicht. Sie formuliert einerseits nur sehr allgemeine Grundsätze für die Ausgestaltung der Krankenversicherung, fordert aber andererseits eine massive Erhöhung der Bundesbeiträge an die Krankenkassen, also die Initianten selbst. Diese Forderung bringt keine Reform des Systems,

sondern bekämpft nur einen Teil der Symptome und verlagert die Belastung auf den Steuerzahler. Sie verhindert den Markt und lässt Dritte dafür bezahlen. Eine Initiative mit einer derart massiven Selbstbegünstigung der Initianten ist noch kaum je lanciert worden.

## Nicht finanzierbar

Die geforderte Erhöhung würde die Bundesleistungen an die Krankenkassen für 1993 auf mehr als 2.8 Milliarden Franken

ansteigen lassen; bereits im Jahr darauf würde die Dreimilliardengrenze überschritten. Diese massive Zunahme kann der Bund angesichts der Entwicklung der Bundesfinanzen gar nicht finanzieren. Ich halte im Falle einer Annahme der Initiative eine rasche, irgendwie geartete Steuererhöhung für unvermeidlich!

Wahrscheinlich würden die Prämien erhöhungen der Krankenkassen durch derart massive Subventionen zumindest vorübergehend gebremst.

Aber eine solche Finanzspritze würde die falschen Signale setzen: Mehr Geld für das bestehende Leistungsangebot könnte die Behandlungs- und Spitalkosten noch weiter anheizen. Die Gefahr, dass die Bundeshilfe von den wachsenden Kosten eingeholt würde, wäre gross. Eine unheilvolle Kosten- und Subventionsspirale wäre die Folge.

## Nein zur Initiative

Weder allgemeine Grundsätze noch einseitige Finanzhilfen, sondern nur durchdachte und umfassende Reformen bringen unser Krankenversicherungs- und Gesundheitssystem wieder ins Lot. Darum lehnt der Bundesrat die Initiative ab und schlägt statt dessen dem Parlament eine wirkungsvolle Gesetzesrevision vor. □

## «Alles, was ein Bundesrat braucht, ist ganz»



Beim Langlauf hatte sich Bundesrat Kaspar Villiger die rechte Hand gebrochen. An der ersten FDP-Delegiertenversammlung «danach» äuserten ihm zahlreiche Delegierten ihr Mitgefühl. Bundesrat Villiger versicherte ihnen: «Alles, was ein Bundesrat braucht, ist ganz.»

Unter Beweis stellen konnte er dies, als er mit der lädierten Hand seine Unterschrift auf ein Plakat setzte, auf dem die Delegierten dem erkrankten zweiten freisinnigen Bundesrat, Jean-Pascal Delamuraz, gute Genesung wünschten. – Die Unterschrift gelang, dem Waadtländer Mitglied der FDP-Geschäftsleitung, Jacqueline Maurer, gab Villiger dann aber die Hand nicht ganz «comme il faut».

(Photos ruti)



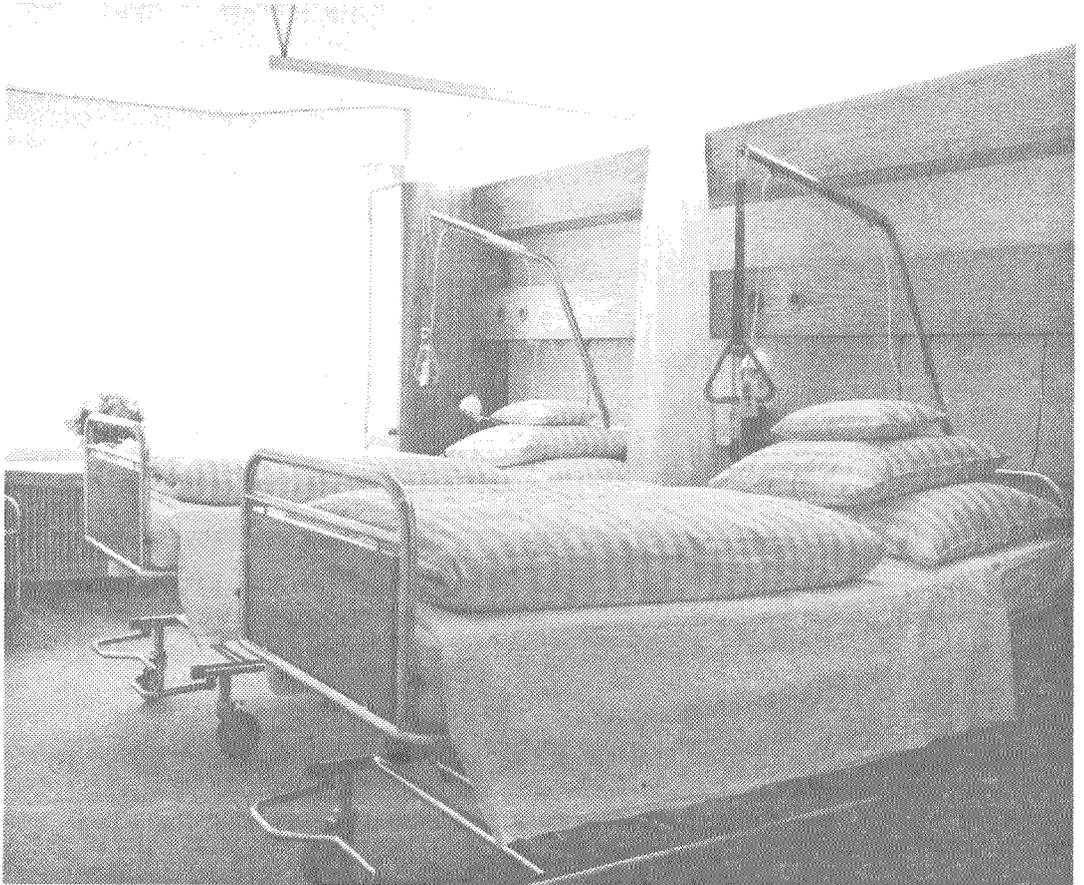
Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus rückte die Marktwirtschaft in die zentrale Position auf: Sie wird die neunziger Jahre dominieren. Die Weltwirtschaft befindet sich im Aufbruch in eine – neue – liberale Epoche. Im Gegensatz zu den anderen Industrieländern hat die Schweiz bisher darauf verzichtet, eine marktwirtschaftliche Wende einzuleiten. Sie braucht aber eine marktwirtschaftliche Erneuerung, um sich in der Spitzengruppe der Industrieländer behaupten zu können. In seinem neuesten Buch «Marktwirtschaft» zeigt Walter Wittmann, was Marktwirtschaft ist, und formuliert ein marktwirtschaftliches Programm für die Schweiz. – «Der Freisinn» veröffentlicht als Vorabdruck\* ein Kapitel aus diesem Buch.

Prof. Walter Wittmann  
Maienfeld GR

Das Gesundheitswesen gehört zu den personalintensiven Branchen, es liegt schwergewichtig in der Zuständigkeit des Staates. Es besteht kein Zweifel, dass wir hier zuviel staatliche Aktivität haben. Die entsprechenden Interventionen erfolgen in der Regel nach sozialen und politischen Aspekten, die Effizienz wird weitgehend vernachlässigt. Daraus resultiert ein Trend zu steigenden Kosten, der bisher nicht gebrochen werden konnte. Je mehr der Staat gegen die Marktkräfte interveniert, desto mehr stellen sich unerwünschte (Neben-)Wirkungen ein. Diese geben Anlass, erneut einzugreifen. Daher steht der Staat im wesentlichen vor

\* Zwischentitel und Hervorhebungen stammen von der Redaktion.

## Marktwirtschaft für das Gesundheitswesen



Im Gesundheitswesen geht es vor allem um ein Mengenproblem. Überkapazitäten verursachen unnötige Kosten. (Photo Keystone)

selbstgeschaffenen Problemen, die weiterhin einer Lösung harren.

Im Gesundheitswesen geht es vor allem um ein Mengenproblem: Zum einen verursachen Überkapazitäten – unnötige – Kosten. Zum andern regen Dämpfungsmassnahmen bei Tarifen und Preisen die Mengen an und haben so höhere Kosten (Umsätze) zur Folge.

Je mehr diese Art der Dämpfung fortgesetzt wird, desto sicherer ist es: Die Qualität der Leistungen lässt nach, die Menschen werden schlechter versorgt. Auf diesen Weg hat sich das Gesundheitswesen bereits begeben. Es entwickelt sich langfristig auf Funktionsunfähigkeit und – totale – Verstaatlichung zu.

Der Ausweg aus der gegenwärtigen Situation kann nur in

Richtung der Marktwirtschaft gehen. Es gilt, «so viel Markt wie möglich und so viel Planung wie nötig» zu verwirklichen. Die marktwirtschaftliche Wende muss hier rasch eingeleitet und zügig durchgezogen werden. Vor dieser Therapie ist eine gründliche Diagnose fällig. Es geht dabei vor allem um jene Faktoren, welche die Expansion des Gesundheitswesens verursacht haben.

### Faktoren der Expansion

● Die – sozialen – Kosten der Industrie- und Wohlstandsgesellschaft schlagen sich zu einem erheblichen Teil im Gesundheitswesen nieder. Es handelt sich um die Folgen u. a. von Alkohol, Nikotin, einseitiger und übermässiger Ernährung, mangelnder physischer Betätigung, Stress, verschlechterten Umweltbedingungen, Entwurzelung und Zu-

kunftsangst. Es ist nicht durchwegs auszumachen, ob und in welchem Ausmasse Krankheit physisch oder psychisch bedingt ist. Verlässt man den «objektiven Bereich», so gibt es kaum noch Grenzen für Krankheiten.

● Von den Kosten her gesehen, stehen die Krankenhäuser und ihre Auslastung im Mittelpunkt. Die Bereitschaftskosten sind hier extrem hoch. Überkapazitäten entsprechend nachteilig: Sie sind das Ergebnis staatlicher Fehlplanung. Es wurde in Verkenning des langfristigen Bedarfs, Vernachlässigung der Folgekosten und bei – früher – reichlichen Finanzmitteln einfach gebaut. Überkapazitäten, die auch von einer fehlenden interkantonalen Koordination stammen, waren so programmiert.

● Der Personalbestand ist im wesentlichen eine Funktion der Kapazitäten der Krankenhäuser.

ser. Faktisch unflexibel ist die Besoldungspolitik: Der Staat bezahlt als grösster Arbeitgeber nicht nach «Leistungen», sondern nach «Funktionen». Die Personalausgaben sind der dominierende Kostenfaktor im Krankenhauswesen: Die Spitäler werden nicht nach Kriterien des modernen Managements geführt sondern unter starkem politischem Einfluss verwaltet. Ihre Effizienz lässt daher (mehr als) zu wünschen übrig!

● Das Gesundheitswesen wird seit Jahrzehnten massiv subventioniert. Was man verbilligt, hat eine entsprechend höhere Nachfrage. Die potentiellen und tatsächlichen Nutzniesser des Gesundheitswesens haben sich an die «Billigtarife» gewöhnt. Die Abdeckung der Defizite der Krankenhäuser durch die öffentliche Hand befreit sie vom Druck und von der Notwendigkeit, effizienter zu arbeiten: Das wirkt kostentreibend!

● Die Versicherungen sind – mit Moral Hazard – massgeblich an der Entwicklung der Kosten im Gesundheitswesen beteiligt. Aus der Sicht des Einzelnen ist es nur folgerichtig, aus den Beiträgen an die Krankenkassen (und andere Versicherungen) möglichst grossen Nutzen zu ziehen. Je mehr Menschen so denken und handeln desto eher kommt es zu einer Überforderung des Gesundheitswesens: Die Nachfrage entfernt sich entsprechend vom tatsächlichen Bedarf. Zweifelsfrei sind Versicherungen notwendig, entscheidend ist aber ihre Ausgestaltung

Im Gesundheitswesen sind diese – und andere – Probleme nur zu lösen, wenn es zu «mehr Markt» kommt. Zuerst stellt sich die Frage nach der Zuständigkeit: Was kann re-privatisiert werden? Was verbleibt in der staatlichen Zuständigkeit: Wie ist diese zu gestalten? Eine bedeutende Rolle spielt die Freizügigkeit: Sie muss so weit gehen, dass ein nationaler Wettbewerb möglich wird. Entscheidend ist jedoch, dass das Gesundheitswesen marktwirtschaftlich finanziert wird, denn nur so kann die Nachfrage effizient gesteuert werden. Eng damit verbunden ist die Frage, welche Leistungen des Gesundheitswesens durch Versicherungen abzudecken sind. Im folgenden können die Reformen nur skizziert, nicht aber spezifiziert werden.

### Ansatzpunkte der Reform

● Grundsätzlich kann man das ganze Gesundheitswesen, so auch die Krankenhäuser, privatisieren: Es werden nämlich Leistungen erbracht, die sich an einzelne Menschen wenden, die Benutzer sind bekannt. Zugleich ist es möglich, die Kosten der einzelnen Leistungen – repräsentativ – zu ermitteln: Die individuelle Anrechnung ist möglich.

● In dem Masse, wie es nicht zur Re-Privatisierung von Krankenhäusern kommt, ist die Wettbewerbsneutralität zu realisieren: Den privaten Krankenhäusern sind gleiche Chancen und Bedingungen einzuräumen. Die so erzielte Konkurrenz wirkt sich auf jene staat-

lichen Krankenhäuser besonders günstig aus, die nicht nach betriebs- und privatwirtschaftlichen Kriterien geführt werden. Sie werden so gezwungen, zu rationalisieren und – nötigenfalls – zu re-dimensionieren.

● Eine strategische Position nimmt die ambulante Behandlung ein. Sie ist Anlaufstelle und Drehscheibe des Gesundheitswesens zugleich. Ihre Vorteile sind nicht zu übersehen. Der Arzt kennt seine Patienten persönlich, er kann am besten auf sie – in jeder Beziehung – eingehen. Der Kranke bleibt in der gewohnten Umgebung, er wohnt zu Hause und nicht im Spital. Die Kosten des (reinen) Krankenhausaufenthaltes entfallen, das ergibt massive Kostenersparnisse.

Daher besteht Grund genug, die ambulante Behandlung zu fördern. Wird sie – bedarfsgerecht – ausgebaut, so ist eine entsprechende Anpassung der Kapazitäten der Spitäler erforderlich.

Geht die Nachfrage hier nämlich zurück, so kommt es zu einer bekannten Reaktion: Die Aufenthaltsdauer wird verlängert, die Kosten gehen in die Höhe. Es ist daher unerlässlich, überschüssige Kapazitäten der Krankenhäuser abzubauen.

● Bei den Krankenhäusern sind, wie sonst auch, optimale (Betriebs-)Grössen anzustreben. Stehen diese – dynamisch – fest, so zeigt es sich objektiv, ob die volle Auslastung zu einem Einzugsgebiet der Patienten führt, das Gemeinden und/oder Kantone überschreitet. In diesem Fall sind überkommunale, kantonale oder interkantonale Zuständigkeiten zu schaffen. Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass das Einzugsgebiet von (optimalen) Spitälern nicht so gross ist, dass der Bund in Bau und Betrieb von Krankenhäusern einzuschalten ist.

● Staatliche Krankenhäuser sind sowohl organisatorisch als auch finanziell zu verselbständigen. Damit werden sie entpolitisiert und erhalten die Chance und den Zwang, nach modernen Managementmethoden zu arbeiten: Sie werden effizienter! Die finanzielle



**Walter Wittmann**

Geboren am 20. Dezember 1935 in Disentis, Bürger von Bonaduz, wohnt in Maienfeld. Seit 1967 ordentlicher Professor für öffentliche Finanzen an der Universität Freiburg (Schweiz). Gastprofessor an den Universitäten Basel (1966 und 1969) und Wien (1979). Mitglied zahlreicher *Expertenkommissionen des Bundes* zwischen 1963 und 1985, so u. a. der Kartellkommission. Von 1980 bis 1988 Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Zukunftsforschung. Erhielt 1985 den Martin-Hilti-Preis für Verdienste um eine soziale Marktwirtschaft.

Autor von Lehr- und Sachbüchern, so u. a.:

- Der unbewältigte Wohlstand, München 1972.
- Wohin treibt die Schweiz? Bern 1979.
- Die Schweiz 2000 – Niedergang oder Wende? Frauenfeld 1985.
- Einführung in die Finanzwissenschaft, vier Bände, Stuttgart 1975/77.

Schreibt regelmässig in der «Neuen Zürcher Zeitung», der «Technischen Rundschau» und den «Schweizer Monatsheften», «Weltwoche», «Finanz und Wirtschaft». Hält als *Vertreter* der sozialen *Marktwirtschaft* zahlreiche Vorträge.

Mitglied der Parteileitung der FDP Graubünden.

Hobbies: Wandern, Langlauf, Schwimmen und Reisen.

## Vorabdruck

Zur aktuellen Diskussion über die Gesundheitspolitik veröffentlicht der «Freisinn» als Vorabdruck das entsprechende Kapitel aus dem neuen Buch des Freiburger Universitätsprofessors Walter Wittmann. Das Buch erscheint im März dieses Jahres und kostet etwa Fr 42.–. Wittmann engagiert sich im Kanton Graubünden als Mitglied der Parteileitung für die Freisinnig-Demokratische Partei. □



Fortsetzung auf Seite 12

## Fortsetzung von Seite 11

Verselbständigung erfordert kostendeckende Gebühren: Diese orientieren sich nicht nur an den Betriebs-, sondern auch an den Investitions-, Unterhalts- und Erneuerungskosten. Die Spitäler machen keine Defizite mehr. Das entlastet die öffentlichen Haushalte, die zu entsprechenden Steuerensenkungen schreiten können.

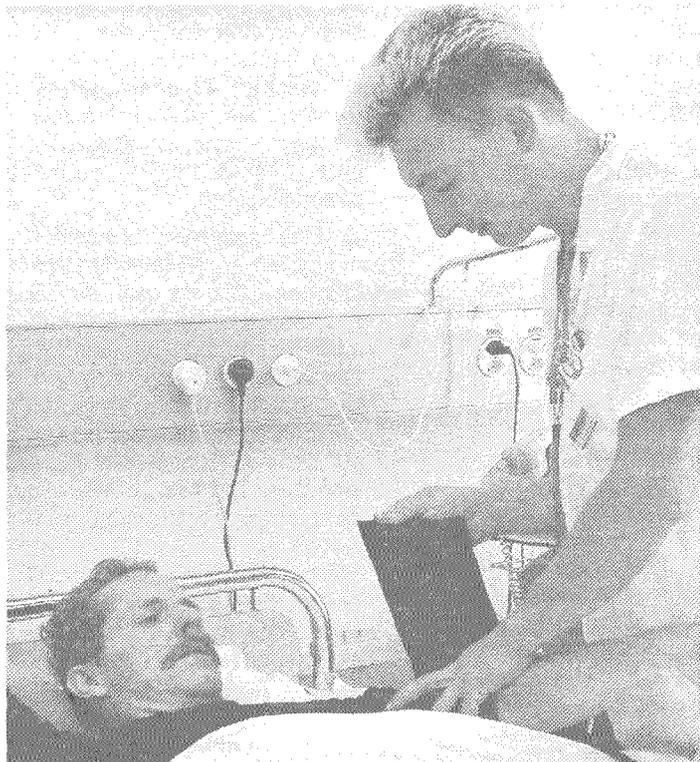
- Die Zulassung (und Kontrolle) von Heilmitteln aller Art gehört in die Zuständigkeit des Bundes: Sie ist dem Bundesamt für das Gesundheitswesen zu übertragen. Zum einen ist eine einheitliche Regelung für das ganze Land erforderlich, weil es sich um «gefährliche Stoffe» handelt, die eine entsprechende Kontrolle erfordern. Zum andern sind die (meisten) Kantone nicht imstande, diese Aufgabe befriedigend zu lösen. Eine interkantonale Zusammenarbeit kann – effizienzmassig – schon deshalb den Bund nicht ersetzen, weil sie zu schwerfällig ist. Zudem fehlen nicht selten die fachlichen Voraussetzungen.

- Mehr Markt ist auch im Pharmasektor unerlässlich. Je mehr die Preise durch den Staat administriert werden, desto weniger bleibt an Erträgen übrig. Es fehlen die Anreize für Forschung und Entwicklung von Medikamenten. Dies hat negative Auswirkungen auf die Versorgung im Gesundheitswesen.

Es ist daher Sorge zu tragen, dass die Pharmaindustrie innovativ bleibt: Herrscht ausreichender Wettbewerb, so darf keine Preisüberwachung betrieben werden.

- Für Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und alle Mitarbeiter des Gesundheitswesens muss die volle – landesweite – Freizügigkeit herrschen. Die beste Lösung sind (nur) eidgenössische Diplome mit der Berechtigung, sich überall, auch unabhängig von Berufsverbänden, niederzulassen und zu praktizieren. So – und nur so – kann der kantonale (und kommunale) Protektionismus verhindert werden.

- Unbedingt zu realisieren ist die landesweite Freizügigkeit auch für die Patienten. Niemand darf, aus welchen Grün-



Die Personalausgaben sind der dominierende Kostenfaktor im Krankenhauswesen. (Photo Keystone)

den auch immer, abgewiesen werden. Um das zu ermöglichen, sind einige Voraussetzungen zu schaffen.

Erheben die Spitäler kostendeckende Gebühren, so spielt die kommunale oder kantonale Herkunft der Patienten keine Rolle mehr: Es sind keine entsprechenden Steuern mehr im Spiel, da keine Defizite mehr abzudecken sind. Im weiteren sind nur noch gesamtschweizerisch tätige Krankenkassen zuzulassen: Der Patient hat landesweite Wahl!

Ferner müssen die Krankenkassen die Kosten der Behandlung so weit übernehmen, dass daraus für den Patienten keine Beschränkungen erwachsen, wenn sie mit einem «Grossrisiko» konfrontiert sind.

- Das Obligatorium mag zwar gegen freiheitliche Grundsätze verstossen, ist jemand aber nicht ausreichend abgesichert und finanziell überfordert, so ruft er ohnehin nach dem Staat.

Systemgerecht ist daher eine obligatorische Kranken- und Unfallversicherung, die «Grossrisiken» zeitlich und finanziell unbeschränkt abdeckt. Darüber

hinaus muss es aber im Ermessen der Einzelnen liegen, ob und wie sie sich zusätzlich für «mittlere Fälle» versichern möchten. Unerlässlich ist hier allerdings ein Selbstbehalt, denn nur dieser kann – in optimaler Höhe – davor abschrecken, das Gesundheitswesen mit Bagatellfällen zu strapazieren.

Zwischen den Kranken- und Unfallversicherungen muss der freie Wettbewerb herrschen: Nur so können sich die leistungsfähigeren Kassen durchsetzen: Es kommt zum erwünschten Konzentrationsprozess in Richtung optimaler Grössen.

In der Schweiz existieren nämlich viel zu viele – zu kleine – Krankenkassen. Es ist überfällig, zu rationalisieren, zu fusionieren und zu konzentrieren. Es versteht sich von selbst, dass private und öffentliche Versicherungen gleich zu behandeln sind.

Der Strukturwandel kann – und muss – dadurch beschleunigt werden, dass nur noch national tätige Versicherungen zugelassen werden. Daher darf das Leben suboptimaler Krankenkassen nicht weiter dadurch verlängert werden, dass

ihnen direkt Subventionen gewährt werden: Diese «Objektförderung» verstösst gegen sozialmarktwirtschaftliche Grundsätze und ist daher aufzugeben.

- In der Finanzierung der Kranken- (und Unfall-)versicherung ist ein Systemwechsel von der Objekt- zur Subjektförderung vorzunehmen. Die Krankenhäuser erheben kostendeckende Tarife, sie machen keine Defizite mehr. Das hat zur Folge, dass die Versicherten mit entsprechend erhöhten Prämien an die Krankenkassen konfrontiert werden. Wenn, wie bisher, die Krankenkassen Subventionen erhalten, um ausreichend zahlungsfähig zu sein, so profitieren davon alle Versicherten, unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Genau das verstösst gegen sozialmarktwirtschaftliche Grundsätze und ist daher zu reformieren.

Es erhalten nur noch Versicherte nach Massgabe ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit Subventionen, um so kostendeckende Prämien an die Versicherungen bezahlen zu können. Wer finanziell ausreichend leistungsfähig ist, geht dabei – zu Recht – leer aus.

Es stellt sich nun die Frage, ob man die Subventionen direkt an die Krankenkassen zur individuellen Gutschrift oder an die – zu unterstützenden – Versicherten ausrichten soll. Die erste Variante erscheint zweckmässiger zu sein, die zweite hat den Nachteil, dass es zu einer «Zweckentfremdung» kommen kann.

## Fazit

Das Gesundheitswesen ist, auch nach Einschätzung von Experten, krank: Es muss gesund gemacht werden. Die Kostenexpansion geht ungebremst weiter, sie ist auf dem Wege, «unbezahbar» zu werden. Es ist daher nicht abzuwarten, bis es soweit ist, vielmehr ist es notwendig, rasch und effizient zu handeln. Das kann folgerichtig nicht bedeuten, die bisherige Politik fortzusetzen, denn sie führt in die Sackgasse. Unabdingbar ist eine marktwirtschaftliche Wende auch – und vor allem – im Gesundheitswesen. □

## Ogi, Kellenberger und das Transitabkommen

Im letzten «Freisinn» lobt FDP-Nationalrat Ulrich Fischer AG die Schweizer Verhandlungsdelegation unter Botschafter Jakob Kellenberger für das Transitabkommen. Kellenberger, der Baumeister des Erfolges, hat die lobende Erwähnung verdient. Eigenartig ist dagegen, dass Nationalrat Fischer in seinem Text den Namen des Mannes unterschlägt, der auf politischer Ebene den Durchbruch erzwungen hat: Bundesrat Adolf Ogi, Vorsteher des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (EVED). Die vielen persönlichen Kontakte Ogis auf Verkehrsministerebene, das zielgerichtete Vorgehen und die Überzeugungskraft des EVED-Chefs haben letztlich den Ausschlag zugunsten der jetzt auch von Fischer so gerühmten Lösung gegeben.

*Ulrich Sieber, Nidau*

### Sehr geehrter Herr Sieber



Auch Sie stellen richtig fest, dass Botschafter Kellenberger «Baumeister des Erfolges» beim Transitabkommen ist. Wir sind uns darin ebenso einig wie bei seiner Äusserung, wonach Bundesrat Ogi wesentliche Verdienste auf politischer Ebene hat. Die Erwähnung von Herrn Kellenberger erfolgte in der Absicht, nun einmal jene Persönlichkeit zu würdigen, die im Hintergrund die massgebliche Knochenarbeit verrichtet hat, ohne schon bisher im Rampenlicht gestanden zu haben.

*Nationalrat Ulrich Fischer Seengen AG*

## Parteien und Europafrage

Im letzten «Freisinn» fanden sich unter «Was meinen Sie?» kritische Stimmen zu EWR/EG. Das hat mir gutgetan, denn auch aus meiner Sicht vermögen einige Vorteile, die wir als Schweiz aus diesem neuen Europa zu erwarten hätten, die Nachteile keineswegs zu überwiegen. Kardinalfrage bleibt natürlich, wie man die einzelnen Punkte gewichtet; aber nur schon der Abbau direkter Demokratie, die Zukunft der Landwirtschaft, Verkehrs- und Umweltfragen usw. drücken die Waagschale auf der Minusseite derart hinunter, dass mich demgegenüber ein paar vermeintliche oder tatsächliche Verbesserungen kaum mehr beeindruckt. Ich bin deshalb ebenfalls verärgert über das Trommelfeuer offizieller und anderer Seiten, mit dem der Stimmbürger und die Stimmbürgerin in Richtung Europa «uminformiert» werden sollen.

Dr. Käser aus Spiez hat recht: Parteien, die nicht müde werden, einem EWR und EG schmackhaft zu machen, dürften viele Wähler vor den Kopf stossen. Und zwar sowohl im

rechten als auch im linken Lager. Regelmässig lese ich eine Gewerkschaftszeitung, deren Redaktion sehr europafreundlich schreibt, während in Leserbriefen mit träfen und zum Teil recht angriffigen Worten oft genau das Gegenteil steht...

Man kann es deshalb gewissen Gewinnern im Nationalrat kaum verargen, wenn sie das Malaise im Volk erkannten und zumindest einmal nicht in die EG-Lobgesänge mit einstimmten – das ist schon etwas! Andere Parteien glauben in recht überheblicher Manier, dem für einfältig gehaltenen Mann von der Strasse so lange die EG-Schalmeien blasen zu müssen, bis er klein beigibt. Solche Spekulationen könnten dann allerdings bei einer Volksabstimmung erst recht gründlich danebengehen.

Für Mitglieder verschiedener politischer Gruppierungen stellt sich zusehends die Frage, wie wohl es ihnen in der angestammten Partei noch ist, wenn diese in einer derart entscheidenden Frage wie der Aufgabe der schweizerischen

Eigenständigkeit beim Sturmangriff auf die Stimmbürgerschaft mitkämpft. Ob es dann nur bei einem Unbehagen bleibt oder ob gar weitreichendere Konsequenzen gezogen werden, kann man nur erahnen; die Nationalratswahlen waren, meine ich, ein deutlicher Wink. Das Volk hat ja schliesslich nicht die Meinungen des Bundesrates und anderer ehrer Gremien zu vertreten, sondern eigentlich sollte es doch wohl umgekehrt sein.

Wie das nun bei der FDP im speziellen mit EWR und EG weitergeht, verfolge ich mit grossem Interesse.

*Hans-Peter Köhli, Zürich*

## Konkrete Vorschläge sind gefragt

FDP-Nationalrätin Trix Heberlein ZH legt im letzten «Freisinn» ihre Ansicht zur Krankenkassen-Initiative dar. Ob diese Initiative abgelehnt wird, ist sicher offen. Im Dezember haben die meisten ihre neue Prämienrechnung erhalten. Sie ist zehn bis vierzig Prozent höher. Stellen Sie sich vor, wie die Leute begeistert sind! Sehr hart trifft das die Alten. Da hilft auch die AHV-Erhöhung ab 1. Januar nicht viel. Nur wenige können mit einem Teuerungsausgleich bei den Pensionskassen-Leistungen rechnen.

Ich war viele Jahre Präsident der Krankenpflege. Ich kenne die Not der Betagten. Sie ist versteckt; wir dürfen diese Tatsache nicht einfach negieren.

Wir Freisinnigen müssen uns schon etwas einfallen lassen, um diesen Menschen zu helfen. Was bis jetzt aus dem Parlament kam, vermag sicher nicht zu überzeugen. Auch der Konkordatspräsident Ueli Müller macht mit seinen Verlautbarungen keine gute Figur, denn er mutet den Versicherten einfach zu, dass sie die Rechnungen bezahlen sollen – und man werde dann sehen, wann und was für ein Nachlass gewährt werde.

Ich möchte Frau Heberlein einladen, mit konkreten Vorschlägen herauszutreten, sonst kommt es am 16. Februar zu einer Annahme der Initiative.

*Walter Roth, Wiesendangen*

### Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

**Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern**

### Sehr geehrter Herr Roth



Ihre Stellungnahme zur Krankenkassen-Initiative zeigt genau auf, wo die Probleme für viele Prämienzahler liegen. Bei einer Annahme der Initiative werden weiterhin für alle Versicherten Beiträge an die Krankenkassen ausgeschüttet, statt dass gezielt diejenigen Prämienzahler direkt mit Beiträgen unterstützt werden, für welche die Höhe der Prämien eine echte finanzielle Belastung bedeutet.

Diese gezielte Unterstützung, die Solidarität auch zwischen älteren und jungen Versicherten sind konkrete Vorschläge, welche die FDP in der vorliegenden Gesetzesrevision unterstützt. Damit können die Prämien der wirtschaftlich Schwächeren tief gehalten werden.

Mit der Initiative verspricht man etwas, das nicht eingehalten werden kann. Ohne Sparmassnahmen steigen die Kosten im Gesundheitswesen weiter an. Sie werden von den Prämien einfach auf die direkten Steuern, den Benzinzoll oder die Wust verlagert – bezahlen müssen wir so oder so.

*FDP-Nationalrätin  
Trix Heberlein, Zumikon ZH*

## Ethisch-moralische Frage

Im Gegensatz zur Mehrheit der eidgenössischen Parlamentarier der FDP trete ich für die Tierschutzinitiative ein. Zwar habe ich seinerzeit in der vorberatenden parlamentarischen Kommission intensiv am heute gültigen, recht fortschrittlichen Tierschutzgesetz mitgearbeitet. Das Gesetz ist nicht schlecht. Aber mit dem Vollzug hapert es.

So werden immer noch gegen eine Million Säugetiere jährlich in Tierversuchen verbraucht, wovon 2273 Hunde, 937 Affen, 2399 Kühe, 1872 Schafe, 526 Katzen.

Rund ein Drittel dieser Versuche sind extrem qualvoll und kommen de facto einer Folterung gleich. Da immer noch keine eigentliche Zentralstelle besteht, werden viele dieser Versuche parallel und unkoordiniert durch verschiedenste Stellen unternommen. Das ist meines Erachtens ethisch nicht mehr vertretbar.

Im heute geltenden Gesetz sind Tierversuche zwar erlaubt, aber sie müssen «auf das unerlässliche Mass» reduziert werden. Die Tierschutzinitiative kehrt den Spiess nun um und untersagt die Tierversuche. Ausnahmen, das heisst Ausnahmebewilligungen, sind aber erlaubt, wenn sie von Bedeutung sind für die Erhaltung des Lebens und die Heilung oder Linderung von Leiden. Wenn nach diesem neuen Gesetz «Monsieur le bureau» nicht oder nur schlampig handelt, kommt dies dem Tier zugute. Bisher hatte behördliches Versagen Nichteingreifen zu Lasten des Tieres bedeutet. Das soll nun geändert werden.

Die Behinderung der Forschung durch tierschützerische Vorschriften war auch im bisherigen Gesetzestext vorhanden. Man hat hier dem Schutz des Tieres vor Leiden den Vorrang gegeben vor der an sich natürlich wichtigen Forschungsfreiheit. Aber zwischen dem bisherigen Gesetz und der Initiative besteht hier nur ein gradueller und kein grundsätzlicher Unterschied.

Am 16. Februar 1992 werden die Stimmbürger zu entscheiden haben über die Frage, wieweit sie die Tiere vor den menschlichen Ansprüchen in Wirtschaft, Forschung und

Medizin schützen wollen. Es geht um eine ethisch-moralische Frage. Ich persönlich beantworte sie zu Gunsten der Tiere.

*Urs Kunz, alt FDP-Nationalrat, Goldiwil*

### Sehr geehrter Herr Kunz



Sie befürworten die Initiative «Weg vom Tierversuch». Sie schliessen mit der Frage, wie weit die Stimmbürger «die Tiere von den menschlichen Ansprüchen in Wirtschaft, Forschung und Medizin schützen wollen». Es ist uns nicht bekanntgeworden, ob Sie auf Lammragout oder Kalbsbraten verzichten würden. Man übertreibe bitte nicht, selbst Tierfreunde wollen Tiere nicht absolut vor den Menschen – und sich selber – schützen. Sie schauen bloss nicht zu, was im Schlachthaus

passiert. Und den Mäusen, wichtigste Gattung für Tierversuche, streuen vielleicht auch Tierschützer Gift.

Ihr Leserbrief verschweigt, dass in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Tierversuche gewaltig reduziert wurde, auf nicht viel mehr als einen Viertel. Die Gesetzgebung ist neuerdings noch zusätzlich verschärft worden.

Sie schreiben: «Das Gesetz ist nicht schlecht. Aber mit dem Vollzug hapert es.» Also könnte er sich, unter Vorbehalt des Vollzugs, mit dem Gesetz zufriedengeben und brauchte die Initiative nicht. Er braucht sie tatsächlich nicht, denn der Vollzug klappt. In Basel z. B., wo die chemische Forschung Tierversuche benötigt, geht ein Bewilligungsgesuch an das Veterinäramt, das drei Tierärzte bezieht, allenfalls auch die kantonale und eidgenössische Kommission konsultiert und wenn nötig Zusatzinformationen verlangt. Sie sind offenbar über den Vollzug nicht im Bild.

Die Initiative sieht ein Totalverbot von Tierversuchen und die Bewilligung von Ausnahmen vor. Eine hohe Effizienz

für Leben oder Gesundheit müsste nachgewiesen werden, damit eine Bewilligung erteilt würde. Aber diese Effizienz ist zum voraus gar nicht beweisbar. Es liegt im Wesen jedes Versuchs, dass seine Resultate nicht vorausgesagt werden können. Mit jener Bedingung und Erschwernissen des Bewilligungsverfahrens will die Initiative möglichst jeden Tierversuch verunmöglichen. Die Initiative geht auch in anderer Hinsicht unmissverständlich auf das Totalverbot aus.

Herr Kunz, Sie wollen kein Totalverbot. Dann sei Ihnen vom Ja zur Initiative abgeraten. Um so mehr, als Sie zwischenhinein von der «natürlich wichtigen Forschungsfreiheit» sprechen. Das geltende Gesetz gestattet alles andere als die Freiheit der Tierversuche, aber man nimmt gerne zur Kenntnis, dass Sie im Zusammenhang mit Tierversuchen Forschungsbedürfnisse nachdrücklich anerkennen. Sie sind dadurch kein überzeugender Verfechter der Initiative.

*FDP-Nationalrat  
Hans Rudolf Gysin,  
Pratteln BL*

## HALTEN SIE BÜROKRATEN FÜR GUTE MEDIZINER ?

**Wer krank ist, will möglichst schnell wieder gesund werden. Dafür wird er sich den besten Arzt aussuchen. Und die Therapie, die am ehesten Heilung verspricht, soll angewendet werden. In diesen persönlichen Fragen bleibt kein Raum für staatliche Bevormundung. Wir haben keinen Bedarf nach neuen Kontrollsystemen und Aufsichtsorganen.**

**Wenn Sie mit uns der Meinung sind, dass die freie Arzt- und Therapiewahl ein Grundrecht des einzelnen ist und dass wir kein Bundesamt für Therapiefragen brauchen, empfehlen wir Ihnen die Krankenkassen-Initiative schon heute zur Ablehnung.**

**ARBEITSKREIS SOZIALE KRANKENVERSICHERUNG  
POSTFACH, 8024 ZÜRICH / PC 80-42900-3**

**Hier könnte  
Ihre Werbung  
stehen!**

### Impressum

#### Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

#### Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

#### Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

#### Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–  
Jahresabonnement Fr. 20.–

## Asylproblem

Nach Angaben der Fremdenpolizei überschritten 1990 35 836 Asylbewerber unsere Schweizer Grenze, sei es legal oder illegal. Von diesen Asylbewerbern sind rund 5 Prozent wirklich politisch Verfolgte. Das heisst, dass die restlichen 95 Prozent unser langwieriges Asylverfahren missbrauchen.

Ich glaube, dass Leute wie Herr Koller oder Herr Arbenz vor dem Ausland einfach gut dastehen wollen. Das Bundesamt für Flüchtlingswesen hat für das Jahr 1992 ein Budget von 700 Millionen Franken veranschlagt. Ich frage mich, ob man hier nicht einiges einsparen könnte. Überall brodelt es, der Bund kalkuliert fürs nächste Jahr ein Defizit von 1,3 Milliarden Franken, dem Kanton St. Gallen werden voraussichtlich 72,5 Millionen Franken in der Kasse fehlen. Den Gemeinden reichen die Steuereinnahmen nicht mehr aus, und die PTT hat uns auch schon ihre Tarifierhöhungen bekanntgegeben. In allen Sparten müssen wir mit Steuererhöhungen rechnen, und die Wirtschaftslage lässt uns auch nicht gerade viel Zuversicht offen.

Ich glaube, das Bundesamt für Flüchtlingswesen sollte seinen Haushaltsplan drastisch kürzen, was nur gelingt, wenn wir die Schweiz als Asylland unattraktiver machen.

Nach meiner Meinung kann uns nur ein Massnahmenpaket helfen, das folgendermassen aussieht:

- Asylbewerber, die illegal einreisen, werden nicht als politische Flüchtlinge anerkannt. Sie werden nach Erfassung der Personalien wieder über die betreffende Grenze geschafft.

- Asylbewerber dürfen nur noch an Grenzübergängen einreisen, wo sich in unmittelbarer Nähe eine Empfangsstelle befindet. Am Zoll erhalten sie einen Stempel in den Pass, der besagt, dass sie legal über die Grenze eingereist sind. Nachher werden sie in die nahegelegene Empfangsstelle gewiesen, wo nach einer ersten Befragung entschieden wird, ob ein Asylverfahren eingeleitet wird oder nicht.

- Asylbewerber, die ihren Pass absichtlich verlieren, um so ihren Aufenthalt in der

Schweiz zu verlängern, erhalten kein Asyl. Sie werden nach Erhalt des neuen Passes in ihr Heimatland zurückgewiesen.

- Das Asylverfahren muss auf sechs, wenn möglich auf drei Monate (inklusive Rekurs) verkürzt werden.

- Striktes Arbeitsverbot während der Dauer des Asylverfahrens und keine Zuteilung in die Gemeinden. Sie müssen sich in den Aufnahmezentren aufhalten, bis ein Asylentscheid gefällt worden ist.

- Dann kann auch das Sackgeld gestrichen werden. Nach der Meinung von Herrn Arbenz, die er am 5. Dezember 1991 im Stadthofsaal in Rorschach vertreten hat, fallen die zwei Franken Sackgeld nicht ins Gewicht. Bei 35 836 Asylbewerbern ergibt das 71 672 Franken pro Tag. Im Jahr ergibt das eine Summe von 26,16 Millionen Franken. Ich meine, diese zwei Franken pro Tag fallen sehr wohl ins Gewicht. Ich frage mich, ob man dieses Geld nicht sinnvoller einsetzen könnte.

- Die europäischen Staaten müssen enger zusammenarbeiten und festhalten, dass Asylsuchende nur noch einmal in Europa einen Asylantrag stellen dürfen.

Ich glaube, wenn dieses Massnahmenpaket in die Tat umgesetzt wird, haben wir kein Asylproblem mehr. Dann verliert die Schweiz ihre Attraktivität als Asylmekka in Europa. Den Schlepperorganisationen wird das Handwerk gelegt. Es wird keiner der Flüchtlinge mehr bereit sein, bis zu 5000 Franken zu bezahlen, wenn er nicht mehr als Asylsuchender angesehen wird. Die Polizei und die Grenzschutz müssten sich nicht mehr mit illegalen Flüchtlingen befassen, was einen sehr grossen Zeitaufwand darstellt. Sie könnten sich wieder vermehrt ihren eigentlichen Aufgaben zuwenden.

Ich hoffe, dass sich das Bundesamt für Flüchtlingswesen in dieser Richtung Gedanken machen wird. Ansonsten werden unsere Aufnahmezentren eines Tages aus allen Nähten platzen, sich immer mehr Gemeinden weigern, weitere Asylbewerber zu versorgen, und schliesslich werden radikale rechte Gruppierungen bei den kommenden Wahlen mehr und mehr an Boden gewinnen. *Richard Knaus, Grub*

## Ende mit der pseudo-humanistischen Gefühlsduselei

Peter Buehl möchte für Asylanten das Erwerbseinkommen einfrieren (s. seinen Leserbrief «Ausweg aus dem «Asylproblem» im letzten «Freisinn»). Nach positivem Asylentscheid sollen sie das Geld samt Zins ausbezahlt bekommen. Bei negativem Entscheid bekämen sie die Heimreise bezahlt, und das restliche Geld verfiere zugunsten der Bundeskasse.

Das ist *keine* Lösung! Unter diesen Voraussetzungen wäre in seinen jungen Jahren mancher von uns sehr gerne für eine gewisse Zeit nach Übersee «geflüchtet». Der Vorschlag ist nichts anderes als die Einladung zu einem risikolosen Auslandsaufenthalt mit garantierter Unterkunft, Verköstigung und medizinischer Behandlung. Traum eines jeden Jungen – Hunderte von Millionen auf der ganzen Welt!

Und falls ein Gesuchsteller abgewiesen wird, was bei 95 Prozent ja zutrifft, taucht er einfach unter! Wie lange sollen

solche «Asylanten» noch als Hätschelkinder behandelt werden?

Es gibt nur eine Lösung – doch man redet lieber jahrelang darum herum, weil uns der Mut fehlt, endlich das zu tun, was unausweichlich auf uns zukommt: Ende mit der pseudohumanistischen Gefühlsduselei. Verstärkung des Grenzschutzkorps. Wer illegal einreist, darf keine Möglichkeit für ein Asylverfahren bekommen. Das europäische Strassennetz und die -signalisation zählen zum Besten, was es gibt. Es ist heute niemand genötigt, illegal auf Schleppwegen über die grüne Grenze zu kommen.

Ich bitte die Verantwortlichen, in diesem Sinne zu handeln. Wenn wir das Militär nicht heute an die Grenze stellen, werden wir es in absehbarer Zeit im Landesinnern, womöglich gegen die eigenen Bürger, einsetzen müssen.

*Erst Indlekofer, Basel*

## Profilier-Opponenten in den eigenen Reihen

Auf der letzten Seite der Dezember-Ausgabe des «Freisinn» äussert sich FDP-Ständerat Dr. Fritz Schiesser (GL) über den schlechten Start ins achte Jahrhundert. Ich kann seinen Ausführungen beipflichten, weil ich mich über die aus St. Galler FDP-Kreisen lancierte Initiative zur Ablehnung der IMF- und Weltbank-Vorlage besonders aufrege. Es ist eine unheilvolle Situation, wenn aus unseren Kreisen mit der Linksoption zusammengearbeitet wird, das ist ein Kniefall gegenüber der Auto- und der Partei, das ist Profiliersucht von «Politmaestros».

Im Artikel «Irrtümer bei der Opposition gegen IMF und Weltbank», ebenfalls im letzten «Freisinn», wird diese Rechtsopposition mit keinem Wort erwähnt. Ich vermisse daher auch beim «Freisinn» *Rückgrat und Mut*, offen und klar gegen die Profiler-Opponenten in den eigenen Reihen Stellung

zu beziehen. Das St. Galler PR-Büro, welches die Initiative lancierte, setzt sich, wenn es politisch zweckmässig ist, für den Bau des Ostschweizer Waffenplatzes ein. Andererseits ist man gegen die Parlamentsreform und nun auch gegen die Vorlage von IMF und Weltbank.

Das sind alles Vorlagen, die in Bern eine grosse Mehrheit gefunden haben. Mit Pro-Stellungnahmen kann sich vermutlich ein PR-Büro weniger Lorbeeren verdienen. Diese Art, Politik zu betreiben, ist wirklich nicht der richtige Weg: hier das Parlament, dort die Lobby, dort der verunsicherte Bürger. Die FDP kann sich keine Windfahnenpolitiker mehr leisten; es gilt, die erarbeiteten Grundsätze klar durchzusetzen. Der Missbrauch des Referendums muss von unserer Seite aufgehört werden.

*Curt H. Wild, St. Gallen*

**FDP-Positionen**

**Marschrichtung bestimmt**

Die FDP bestimmte ihre Marschrichtung betreffend den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umwelt- und Energiepolitik. Die FDP ist für solche Instrumente, verlangt aber, dass sie umweltpolitisch und nicht finanzpolitisch motiviert sind. Bei der Ausgestaltung einer Energiesteuer sind Auswirkungen analysen insbesondere auf die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu berücksichtigen. Unabhängig von der schweizerischen Politik in bezug auf die europäische Integration ist für die FDP eine Koordination mit der in der EG vorgesehenen Einführung einer Energiesteuer angezeigt. □

**Offen für Veränderungen**

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung beschäftigte sich mit der Zauberformel. Dabei kam sie zu folgenden Schlüssen: Für die kommende Legislatur erwartet sie eine bessere Unterstützung der Landesregierung durch die Bundesratsparteien. Im Rahmen der anstehenden Regierungsreform, welche die Freisinnigen lanciert haben, ist die Fraktion offen für institutionelle Veränderungen. Die Zauberformel erachtet sie mittelfristig nicht als unveränderlich. □

**Offener Brief an Burma**

149 eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier protestieren in einem offenen Brief an die burmesische Botschaft gegen die Unterdrückung der Freiheit und Demokratie in Burma. Die burmesische Regierung wird aufgefordert, die Friedensnobelpreisträgerin Frau Aung San Suu Kyi sofort aus dem Hausarrest zu entlassen, die fortlaufende Verletzung der Menschenrechte einzustellen und die rechtmässig demokratisch gewählte Regierung unter Frau Aung San Suu Kyi möglichst rasch in ihr Amt einzusetzen. Der offene Brief erfolgte auf Initiative von FDP-Nationalrat François Loeb BE. □

**FDP-Publikationen**

Ich bestelle:

- Ex. Politische Rundschau Nr. 1, 1991. Liberale Frauenpolitik im Zeichen einer veränderten Welt. FDP-Frauen setzen sich ein für eine Zukunft mit mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit und mehr Partnerschaft. Ergebnis der Tagung vom 24. Mai 1991 in Thun (à Fr. 5.–, 52 Seiten, dt./frz.).
- Ex. Politische Rundschau Nr. 2, 1991. Drogenfrage: Anpacken statt resignieren. Grundsätze der FDP (à Fr. 5.–, 22 Seiten, dt./frz.).
- Ex. Politische Rundschau Nr. 3/4, 1991. Staatspolitische Aspekte eines EWR-/EG-Beitritts der Schweiz. Einflüsse und Impulse (à Fr. 5.–, 38 Seiten, dt.).

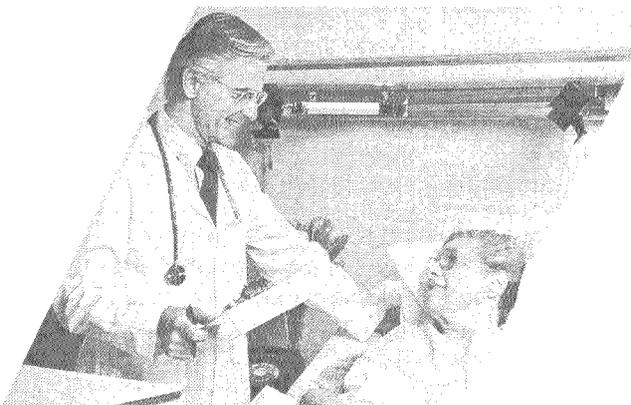
Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

**Für Kranke  
brauchen wir  
Tierversuche!**



Arbeitskreis Gesundheit und Forschung, Postfach, 8024 Zürich

**Darum:**

**Nein**

**zum Verbot von  
Tierversuchen  
am 16. Februar**

# Frau – Familie und Politik

Ich mache immer wieder die Erfahrung, dass mir Frauen, wenn ich mit ihnen über politisches Engagement rede, zur Antwort geben: «Politik interessiert mich schon, aber ich will mich im Moment nicht verpflichten, ich widme mich ganz meiner Familie, ich bin ja nur eine Hausfrau und Familienfrau und kann deshalb in politischen Angelegenheiten gar nicht wirklich mitreden.» Hinterher frage ich mich jeweils, ob das stichhaltige Gründe zur politischen Abstinenz sind.

## Marianne Krämer\*

Gibt es denn in der Situation der Familienfrau nur zwei Schalterstellungen: innen und aussen? Haben diese Antworten ihren Grund nicht auch im zuwenig entwickelten Selbstwertgefühl der Frauen und dienen so als praktische Ausrede? In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der politischen Stellung der Familienfrau in unserer Gesell-

\*Präsidentin der Frauengruppe Frauenfeld, Vorstandsmitglied des SVFF

schaft: Wie sieht ihre Qualifikation aus?

### Qualifikation der Familienfrau

In der Schweiz gilt heute im allgemeinen folgendes Bild: Die Familienfrau hat eine Berufslehre absolviert und einige Jahre im Beruf gearbeitet, oder sie hat eine Mittelschule, ein Technikum oder eine Hochschule besucht und war eine Zeitlang berufstätig. Dann hat sie geheiratet und sich entschieden, ein paar Jahre Familienfrau zu sein. Sie hat Kinder, wird Erzieherin, Finanzverwalterin, Gärtnerin, Versicherungs-

fachfrau, Köchin, Logistikerin, Kranken- und Seelenpflegerin, Drogenpräventionsfachfrau, Altenbetreuerin, sie steht im gemeinnützigen Einsatz, ist verantwortungsbewusste Konsumentin, Traditionsträgerin und ruhender Pol in der Familie.

Als Quintessenz aus dieser unvollständigen Liste der Tätigkeiten einer modernen Familienfrau geht hervor, dass über ihren Leistungsausweis gar nicht diskutiert werden muss. Mangelhaft ist einzig das Verständnis für die Situation der Familienfrau seitens unserer Gesellschaft genauso wie seitens der Frauen selber. Leistungsausweis und Qualifikation werden immer noch allzusehr rein wirtschaftlich verstanden, in Franken und Rappen sowie in der Anzahl «Untergebener» ausgedrückt. Da liegt der Fehler.

### Herausforderung

Angesichts der Probleme, die wir in Zukunft zu lösen haben, ist die Mitarbeit einer jeden Frau und eines jeden Mannes erforderlich. Wir können es uns nicht mehr leisten, an unnötigen Barrieren herumzuhängen. Es geht darum, dass sich die Familienfrauen ihrer wichtigen Stellung in unserer Gesellschaft bewusst werden, und zwar mit der Hilfe ihrer Ehemänner, der Männer allgemein, der Parteien und Frauengruppen.

So soll der Schritt in die Öffentlichkeit nicht länger über einen breiten Graben führen; innen und aussen sollen nicht weiterhin sich gegenseitig konkurrenzierende Tätigkeiten sein. Die moderne Familienfrau ist keine geistige und wirtschaftliche Nullvariante. Sie ist vielmehr ein schätzenswürdiger Faktor in unserer Gesellschaft. In diesem Sinne haben



Die Familienfrau muss sich ihrer wichtigen Stellung in unserer Gesellschaft bewusst werden. (Photo ruti)

wir die üblichen Wertmassstäbe neu zu überdenken und zu revidieren.

Das ist eine Herausforderung für die Parteien, wenn sie die Mitarbeit vieler Frauen wünschen, aber auch für die Familienfrauen selber. □

## SVFF-Vorstand

### Politische Ausbildung

Calonder Gerster Anita, Tobelhusstrasse 24, 8126 Zumikon, Telefon (01) 918 10 25 (P), (01) 918 09 69 (G)

### Gesellschaft

Egerszegi-Obrist Christine, Bergstrasse 1, 5507 Melligen, Telefon (056) 91 29 43 (P), Fax (056) 91 38 77

### Präsidentin SVFF

Frey-Wettstein Franziska, Heliosstrasse, 8032 Zürich, Telefon (01) 383 15 44 P, Fax (01) 55 91 49

### Vizepräsidentin SVFF, Kontakt Mitglieder Westschweiz

Grolimund Véronique, 7 Ch. Bétems, 1218 Grand-Saconnex, Telefon (022) 798 07 56 (P), (022) 791 08 09 (G), Fax (022) 791 04 57

### Kontakte mit Mitgliedern Deutschschweiz

Krämer-Flury Marianne, Spitzrütistrasse 16, 8500 Frauenfeld, Telefon (054) 21 90 03 (P), Fax (054) 21 75 28

### Nationale und internationale Kontakte

Luchsinger Catrina, Winterthurerstrasse 639, 8051 Zürich

### Aktuariat

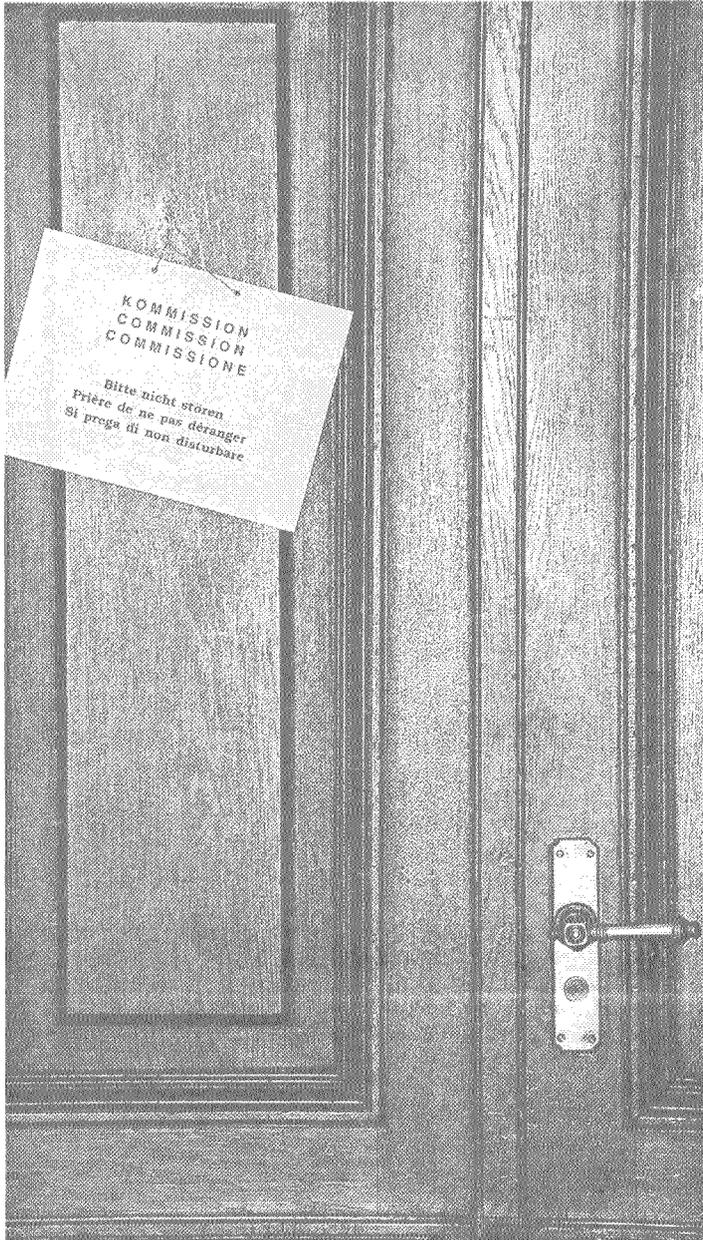
Rychiger-Kupferschmid Esther, Haldeneggweg 14, 3612 Steffisburg, Telefon (033) 37 39 70 (P), (033) 37 42 42 (G), Fax (033) 37 63 88

### Öffentlichkeitsarbeit

Schmid Ursula, Friedbergstrasse 41, 8200 Schaffhausen, Telefon (053) 25 63 90 (P)

### Finanzen

Stüssi Elsbeth, 4, av. Bel Air, 1225 Chêne-Bourg, Telefon (022) 49 49 72 (P), (022) 48 56 80 (G)



## Und der Ständerat?

In der letzten Nummer des «Freisinns» haben wir, indem nur vom Nationalrat die Rede war, den Ständerat unterschlagen, als wir hier – am gleichen Ort, unter gleichem Bild – das nach der Parlamentsreform neue System der zwölf ständigen Kommissionen vorstellten. Wer hat es gemerkt? – Da wir gar nicht etwa für die Abschaffung des Ständerates sind (zumal die FDP dort durch viele ausgezeichnete Köpfe vertreten ist und mit 18 Sitzen eine starke Delegation stellt), möchten wir nun wissen, welche FDP-Ständeräte welcher Kommission vorstehen und wie die Präsidien unter den Parteien im Ständerat verteilt sind.

Die FDP stellt bei den ständerätlichen Kommissionen vier (Nationalrat drei) von zwölf Präsidien, Ernst Rüesch (SG) präsidiert die Finanzkommission, Otto Schoch (AR) steht der Sicherheitspolitischen Kommission vor, Riccardo Jagmetti (ZH) der Kommission für Wirtschaft und Abgaben, René Rhinow schliesslich leitet die Staatspolitische Kommission. – An die CVP gehen ebenfalls vier Präsidien, an die SVP zwei und an die Liberalen und die SP je eines.

Antwort

## Mutzli

Die FDP teilte ihre Fraktions-erklärung zum Osteuropakredit auf drei Redner auf. Nationalrat Ernst Mühlemann (TG) erläuterte dies wie folgt: «Die Fraktion ist für diesen Kredit, jedoch nicht ohne Wenn und Aber. Ich spreche für die Fraktion, Herr Bonny zum Wenn und Herr Scheidegger zum Aber.»

\*

«Ständeherrliche Einsicht» verlangte Thomas Onken (sp., TG) beim Thema Nachwuchsförderung für die Wissenschaft, als es um die Einführung einer Frauenquote ging. Nachdem Ratspräsidentin Josi Meier (cvp., LU) den Entscheid zuerst falsch bekanntgegeben hatte, meinte sie mit Blick auf die knappe Zustimmung des Rates zugunsten einer Frauenquote: «Ich korrigiere mich gerne...»

\*

«Ich beantrage, hier die Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung zu schliessen», gab Ratspräsident Hans-Rudolf Nebiker (svp., BL) bekannt... um konsterniert festzustellen, dass die Weibel die Stimmen für die Richterwahlen noch gar nicht eingesammelt hatten.

\*

Er wolle «nicht päpstlicher als der Papst» sein, gestand Otto Stich beim freisinnigen Antrag, die theologische Fakultät Luzern sei mitzusubventionieren, was Ständerat René Rhinow (fdp., BL) zum Ausspruch veranlasste: «Aber stichliger als der Stich ist er alleweil.»

\*

Letztes Seilziehen um das Bundesbudget 1992, um einen Beitrag von 3½ Millionen für ein schweizerisches Hotel-reservationssystem. Rico Jagmetti (fdp., ZH) bat den Ständerat, wegen dieses 1/10 000 des Budgets keine Differenz zum Nationalrat mehr aufrechtzu-erhalten. «Wenn das ein kleiner Bruchteil sein soll, so kann sich der andere Rat auf diesen kleinen Bruchteil besinnen», meinte Kaspar Rhyner (fdp., GL) und behielt damit in der kleinen Kammer (knapp) recht.

\*

Trotz Adventskranz im Ständerat keine Weihnachtsstimmung? Lega-Vertreter Flavio

Maspoli (TI) meinte in der Krankenversicherungsdiskussion: «Der Ständerat hat sich von den brennenden Kerzen weder erleuchteten noch erwärmen lassen.»

\*

Ständerat Otto Schoch (fdp., AR) war bass erstaunt, als er als Kommissionspräsident sein Votum für das stenographische Bulletin hätte absegnen sollen. «Otto Schoch, Berichterstatter: ... Mikro nicht korrekt eingeschaltet», hiess es nur, verbunden mit der Bitte um «Ergänzung des Votums».

\*

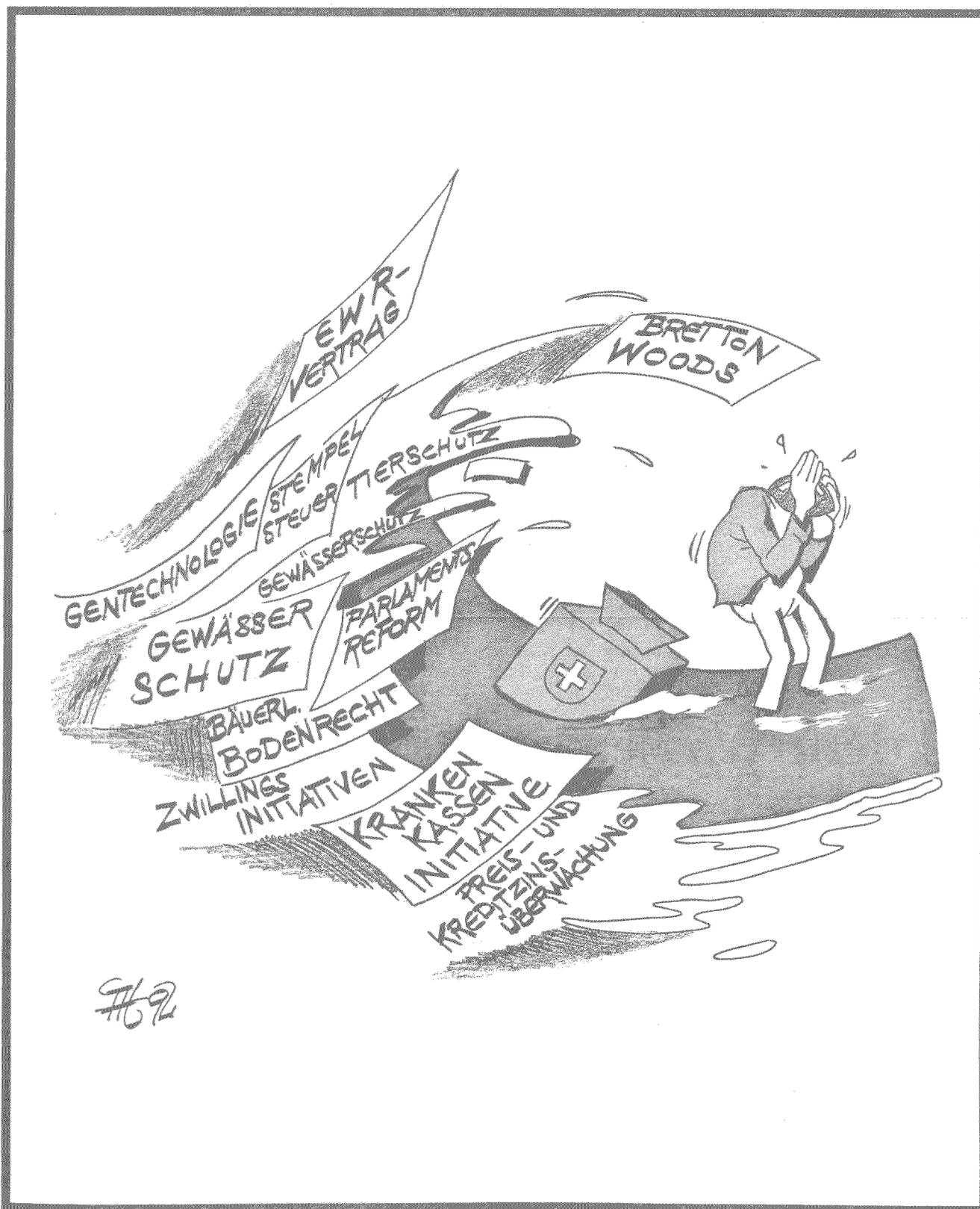
«Tempora mutantur et nos mutantur in illis» – die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns mit ihnen, stellte der konservative Appenzeller Ständerat Carlo Schmid fest mit Blick auf den vom freisinnigen alt Regierungsrat und Ständerat Robert Bühler (LU) gestellten Antrag, die katholische theologische Fakultät Luzern mit den Universitäten gleichzustellen.

\*

Zwar ist heuer erstmals seit Bestehen des Bundesstaates für neue Parlamentarier ein Einführungskurs durchgeführt worden. Noch nötiger wäre jedoch, dass namentlich die Grünen und die Frauenförderer die Bundesverfassung lesen würden, auf die sie vereidigt worden sind. Dort steht nämlich, dass von den sieben Bundesräten nur einer aus dem gleichen Kanton kommen darf. Nach der Wahl von Jean-Pascal Delamuraz war also für alle anderen Waadtländer der Zug abgefahren. Im nachhinein aber mussten bei einem Wahlgang mehr als ein Dutzend Stimmzettel als ungültig erklärt werden: Der Name der Waadtländerin Yvette Jaggi stand darauf...

\*

Linke und Grüne kritisieren an einem Antrag von Lili Nabholz (fdp., ZH) die Aufteilung der Krankenversicherungsvorlage hinsichtlich Dringlichkeit; damit würden der Vorlage die Zähne gezogen. Darauf konterte der Berner Oberländer Hanspeter Seiler (svp.) treffend: «Es geht nicht darum, der Vorlage die Zähne zu ziehen, wir ordnen vielmehr die Zähne zu einem schönen Gebiss!»



Karikatur Andreas Töns

# Schaffhauser FDP-Initiative – ein überwältigender Erfolg

Mitte Dezember letzten Jahres hatte der Souverän des Kantons Schaffhausen über eine FDP-Volksinitiative für eine Reduktion der Erbschafts- und Schenkungssteuer zu entscheiden. Was selbst die grössten Optimisten nicht zu prognostizieren wagten, trat ein: Der Volksinitiative war ein überwältigender Erfolg beschieden. 68 Prozent der Schaffhauser Stimmbürger und Stimmbürgerinnen sagten JA zum Anliegen der FDP.

**Kantonsrätin  
Trudy Walker (SH)**

Bereits im Vorfeld der Abstimmung zeichnete sich ab, dass die Initianten auf dem richtigen Weg waren. Ein in seinem Ausmass noch nie dagewesenes Unterschriftenergebnis von rund 4600 war Verpflichtung genug, die Gesetzesrevision anzugehen.

## Weshalb diese Initiative?

Der Kanton Schaffhausen nahm bezüglich Belastung der

Erbschafts- und Schenkungssteuer einen Spitzenplatz ein. Eine Steuerreduktion auf diesem Gebiet wurde immer wieder diskutiert, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Abwanderung gewichtiger Steuerzahler in den letzten Jahren. Die Attraktivität einer Region ist nicht zuletzt von einem vernünftigen Steuerklima abhängig.

Schon früher war es immer wieder Absicht der FDP, die Wirtschaftskraft und auch die allgemeine Wohlfahrt im Kanton Schaffhausen zu stärken. Beispiele zeigen deutlich, dass

vernünftige steuerliche Rahmenbedingungen letztlich im Interesse aller Steuerzahler liegen. Mit der Revision des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes wird die Belastung im Kanton Schaffhausen entschärft.

## Die Revisionspunkte

Ein wesentlicher Punkt in der Revision ist die gänzliche Befreiung der direkten Nachkommen von fiskalischen Belastungen, wie das bereits in zehn Kantonen praktiziert wird. Im weiteren sieht die Revision die Erhöhung der Steuerfreibeträge und die Reduktion der Tarife bei den weitergehenden Verwandtschaftsgraden vor. Das führt zu starken Entlastungen, insbesondere bei unteren und mittleren Vermögen.

Der Steuerausfall dürfte sich in der Grössenordnung von fünf Millionen Franken pro Jahr bewegen. Er geht zulasten der Finanzierung des Beitrages an die AHV und der Ergänzungsleistungen zur AHV. Der Aus-

fall kann aber – wie die Geschichte zeigt – durch allgemeine Steuermittel kompensiert werden. Es besteht somit keine Gefahr, dass der Beitrag an AHV und Ergänzungsleistungen zur AHV nicht mehr geleistet werden kann.

## Gegenvorschlag

Der wesentlich weniger weit gehende Gegenvorschlag der Regierung erhielt im Grossen Rat eine Mehrheit. 68 Prozent der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen jedoch folgten der Initiative und sprachen sich für den vorgesehenen Abbau der Steuerpflicht bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer aus.

## Fazit

Mit der Reduktion der Erbschafts- und Schenkungssteuer werden die Voraussetzungen für eine gute Steuerentwicklung längerfristig verbessert. Der Abzug von Vermögenswerten wird vermindert und die Steuerkraft dadurch erhöht. Nebst wirtschaftlichen Überlegungen ist die Initiative sozialpolitisch gesehen von Bedeutung. Die Eigenverantwortung – Vorsorge im Rahmen der Familie – wird gefördert und nicht bestraft. □

# Aus dem Wasser gerettet



Durch ihr entschlossenes Vorgehen retteten die beiden Freisinnigen aus dem Kanton Nidwalden, Regierungsrat Hugo Waser (links) und Beat Schneider (rechts), einem Menschen das Leben. Der Landammann des Kantons Nidwalden, Edi Engelberger, durfte sie als «Ritter der Strasse» auszeichnen.

Die beiden Freisinnigen Hugo Waser aus Stansstad, Nidwaldner Regierungsrat, und Beat Schneider aus Hergiswil sind zu «Rittern der Strasse» ernannt worden. Die beiden hatten beobachtet, wie ein Auto in den Alpachersee gestürzt war. Sie konnten unter grossen Anstrengungen den Fahrer aus seiner misslichen Lage befreien, in Sicherheit bringen und ihm mit den lebensrettenden Sofortmassnahmen helfen.

Ein Autofahrer fuhr mit seinem Personenwagen in Richtung Stansstad. Dabei geriet er in einer Kurve von der Fahrbahn ab und steuerte seinen Wagen über Wiesland gegen den Alpachersee. Nachdem er in den See gestürzt war, versank sein Auto in den Fluten des Sees.

Hugo Waser und Beat Schneider, die mit ihren Ruderbooten unterwegs waren, konnten sehen, wie das Fahrzeug im Alpachersee versank. Die beiden entledigten sich sofort ihrer Kleider und sprangen ins kalte Wasser.

Nach längerem Suchen gelang es den beiden Rettern,

das versunkene Auto zu finden, zu ihm hinunterzutau-chen, den Lenker aus dem Wagen zu befreien und ihn in Sicherheit zu bringen. Am sicheren Ufer konnten Hugo Waser und Beat Schneider die lebensrettenden Sofortmassnahmen erfolgreich anwenden.

**Dies geschah, während die herumstehenden Leute ihrer Meinung Ausdruck verliehen, der Mann sei ohnehin nicht mehr zu retten.** □